

## Protokoll

16. Sitzung vom 14. Dezember 2015

rsa

Seite 344

---

<b>Behörde</b>	Gemeinderat
<b>Traktanden</b>	Siehe unten
<b>Sitzungsdatum/Zeit</b>	Montag, 14. Dezember 2015, 19.00 Uhr - 23.10 Uhr
<b>Sitzungsort</b>	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
<b>Teilnehmende</b>	35 Mitglieder des Gemeinderats und der Stadtrat, Esther Ramirez, Ratssekretärin, Ruth Schäfer, Ratssekretärin-Stv., sowie Paul Bossert, Ratsweibel
<b>Entschuldigte</b>	-

---

### Traktanden

1. Mitteilungen
2. Voranschlag 2016 und Festsetzung des Steuerfusses
3. ~~Postulat der CVP-Fraktion, vom 14. Januar 2015, überwiesen am 9. Februar 2015, betreffend Aufwandstabilisierung; Beantwortung~~

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig, am 4. Dezember 2015, in der ZSZ amtlich publiziert.

Auf Anfrage gibt es keine Einwände gegen die Traktandenliste.

#### 1. Mitteilungen

**Gemeinderatspräsident Erich Schärer** begrüsst zur letzten Gemeinderatssitzung im Jahr 2015. Speziell begrüsse er heute einen Gast aus dem Kanton Luzern. Es sei Herr Roland Ottiger, der im Herbst des nächsten Jahrs Ratspräsident in Emmen werde. Er sei da um zu schauen, wie es im Kanton Zürich zu und her gehe. Die Demokratie lebe. Über 900 Stimmberechtigte in Richterswil, über 700 Personen in Thalwil und auch heute Abend sei ein grosses Interesse an der Budgetberatung vorhanden. Er bedanke sich bei den Besucherinnen und Besuchern für ihr Kommen und die Beteiligung am politischen Leben in Wädenswil. Im Weiteren danke er für den traditionellen Christbaum, der wiederum durch die Abteilung Planen und Bauen geliefert und geschmückt worden sei. Stadtweibel Paul Bossert habe lediglich die Aufgabe zu löschen, falls es Probleme gebe. Er bitte die Mitglieder des Gemeinderats - vor allem da viele Zuhörerinnen und Zuhörer im Saal seien - laut und deutlich zu sprechen, vor allem die Gemeinderäte, die in der Mitte sässen, damit alles verstanden werde. Stadtpräsident Philipp Kutter komme später. Er sei noch in Zürich an der Budgetdebatte des Kantonsrats. Dort gehe es offenbar auch sehr lange. Falls er bis zum Voranschlag noch

nicht da sei, werde die Abteilung Präsidiales allenfalls nach hinten verschoben. Ebenfalls etwas später komme Oliver Küng. An der heutigen Sitzung nähmen drei Gemeinderäte zum letzten Mal teil. Oliver Küng gehöre auch dazu. Da er im Moment noch fehle, würden die Verabschiedungen nach hinten verschoben.

### 1.1 Eingänge

- Bericht zum Postulat der CVP-Fraktion, vom 14. Januar 2015, überwiesen am 9. Februar 2015, betreffend Aufwandstabilisierung
- Beantwortung der Schriftlichen Anfrage der CVP-Fraktion, vom 1. September 2015, betreffend Massnahmen im Flüchtlingsbereich
- Interpellation der GLP-Fraktion, vom 23. November 2015, betreffend Rütihof finanziell noch tragbar?
- Bericht und Antrag zum Voranschlag 2016 der politischen Gemeinde Wädenswil

### 1.2 Überweisung

--

### 1.3. Fraktionserklärung der EVP/EDU

**Rahel Sonderegger, EVP,** sagt, dass es verschiedene Gründe gebe, warum die Finanzlage in Wädenswil im Moment so aussehe wie sie eben aussehe. Aus Sicht der EVP/EDU-Fraktion sei eines ganz offensichtlich. Die Bevölkerung in Wädenswil sei in den letzten Jahren enorm angestiegen. Von 19'886 im Jahr 2008 auf 21'189 Personen heute. Das entspreche einem Bevölkerungswachstum von rund 7%. Die zusätzliche Bevölkerung bezahle Steuern, aber wie man jetzt sehe, gehe die Rechnung mit den tiefen Steuern so nicht auf. Anscheinend brächten die Neuzuzüger nicht das Finanzvolumen, das nötig wäre, um mit der Finanzplanung, wie man sie im Moment habe, weiterzukommen. Nachdem der Stadtrat nach mehreren Runden das Budget bereits selber sehr einschneidend gekürzt habe, seien sie der Überzeugung, dass das vorliegende Budget eine abgespeckte Version sei und weitere Kürzungen nur noch sehr beschränkt angezeigt seien. Am Meisten würden sie stören, dass mit dem Bevölkerungswachstum gleichzeitig auch sehr viel gebaut worden sei. Aus diesem Grund seien von der Stadt massenhaft Grundstückgewinnsteuern eingestrichen worden ohne dass grosse Investitionen getätigt worden seien. So hätten die Rechnungen in den vergangenen Jahren viel positiver ausgesehen als sie eigentlich ausgesehen hätten. Die Grundstückgewinnsteuer sei eigentlich für zusätzliche Infrastrukturen gedacht, die eine grössere Bevölkerung einfach generiere. Aber nein, lieber seien die Projekte, die dringend nötig gewesen wären, einfach nach hinten verschoben worden. Nun stehe man vor einem Scherbenhaufen. Sie würden sich fragen, worum es ihnen eigentlich gehe. Ob es jedem einzelnen um die Profilierung oder den eigenen Profit gehe. Nach ihren Überzeugungen sei es ihr Auftrag, für die Stadt das Beste zu suchen. Das mache man aber nicht, indem willkürlich Budgetposten gekürzt werden. Viele hätten gar keine Ahnung, was diese eigentlich beinhalten würden. Sie würden sich fragen, ob sie sich bewusst seien, dass nicht nackte Zahlen, sondern Leitungen für die Bevölkerung gekürzt werden. Sie bäten die Gemeinderäte, an dieser Budgetberatung nicht persönliche Interessen zu vertreten, sondern im Dienste der Bevölkerung für die Stadt das Beste zu suchen.

10.07

## **2. Voranschlag 2016 und Festsetzung des Steuerfusses**

**Gemeinderatspräsident Erich Schärer** schlägt für die nachfolgenden Beratungen und Beschlussfassungen vor, gemäss der Reihenfolge auf Seite 155 des Voranschlags vorzugehen.

Demzufolge werde erstens über den vorliegenden Voranschlag 2016 inklusive Leistungsaufträge mit Globalkredit der FLAG-Abteilungen beraten.

Zweitens werde der Steuerfuss 2016 verhandelt und festgelegt.

Die endgültige Festlegung des Voranschlags sei abhängig vom Beschluss über den Steuerfuss.

Abschliessend werde über das Gesamtpaket - Voranschlag (evtl. mit Änderungen, diese würden dann nochmals festgehalten) und Steuerfuss eine Schlussabstimmung durchgeführt.

Auf Anfrage des **Gemeinderatspräsidenten Erich Schärer** gibt es keine Einwendungen gegen dieses Vorgehen.

### **Erstens Voranschlag und Leistungsaufträge**

**Gemeinderatspräsident Erich Schärer** erklärt, dass der Gemeinderat verpflichtet sei, den Voranschlag zu behandeln, weshalb ausdrücklich auf eine Eintretensdebatte verzichtet werde (Art. 25 Geschäftsreglement). In der Detailberatung werde Abteilung für Abteilung durchgegangen. Die Änderungsanträge der GRPK und der Fraktionen würden bei den jeweiligen Abteilungen behandelt und es werde sofort darüber abgestimmt, erst am Schluss werde über den Voranschlag 2016 als Ganzes abgestimmt.

### **Zur Detailberatung zum Voranschlag (abteilungsweises Vorgehen)**

**Präsidentin der GRPK, Christina Zurfluh Fraefel, SVP**, führt aus, dass gemäss Seco davon auszugehen sei, dass für das kommende Jahr eine moderate Beschleunigung des BIP Wachstums auf +1,5% zu erwarten sei. Eine wichtige Voraussetzung für eine Verbesserung der Wirtschaftslage sei, dass die internationale Konjunktur aufwärtsgerichtet bleibe und insbesondere der Euroraum seine Erholung fortsetzen könne. Aufgrund dieser eher verhaltenen konjunkturellen Dynamik dürfte die Arbeitslosenquote von 3,3% im Jahresdurchschnitt 2015 auf 3,6% im 2016 ansteigen.

Nebst den vielen negativen Schlagzeilen von Firmenschliessungen, Produktionsverlagerungen ins Ausland und den damit verbundenen Entlassungen brauche es unbedingt auch positive Meldungen. Es bleibe zu hoffen, dass der Rütihof Erfolgsgeschichte schreiben könne, somit positive Signale aussende und dann auch Betriebe angesiedelt würden, die auch einem rauerem Wirtschaftswind standhalten könnten. Dies nicht zuletzt dank einem stabilen,

kalkulierbaren Steuerfuss. Der Stadtrat trage dem Rechnung und wolle den Steuerfuss weiterhin bei 84% belassen.

Die Zahlen zum Budget seien der GRPK anfangs Oktober von Stadtpräsident Philipp Kutter, Stadtrat Peter Schuppli und dem Leiter Finanzen und Controlling, Ralph Ruoss, präsentiert worden. Einen Dank gehe an die Herren für die übersichtliche Präsentation. Dabei sei speziell darauf hingewiesen worden, dass für dieses Budget drei intensive Sparrunden benötigt worden seien.

Betrachte man den Aufwand von total CHF 174.7 Mio. im 2015 dann seien es aktuell für das Jahr 2016 mickrige CHF 2.7 Mio. (oder ca. 1.7%) weniger als im Voranschlag 2015. Wenn man wisse, dass davon ca. CHF 1 Mio. beim Personalaufwand wegfallen würde, aufgrund der Tatsache, dass dieser Aufwand (Kleinpensen Lehrer) neu beim Kanton angesiedelt sei, seien noch CHF 1.7 Mio. wirklich gespart, respektive weniger budgetiert worden als im Voranschlag 2015. Wenn man dann noch bedenke, dass bei „Gesundheit“ realistisch budgetiert noch ca. CHF 600'000.- dazu kämen (gemäss Bericht und Antrag der GRPK, Seite 11), dann werde gerade mal noch CHF 1.1 Mio. (oder 0,8%) gegenüber dem Voranschlag 2015 eingespart.

Und das Ganze nach drei intensiven Budgetrunden - da hätten sie leider kein „Sparen“ im wirtschaftlichen Sinn ausmachen können. Es fehle ganz einfach eine Gesamtschau. Oder mit anderen Worten: Sparen unterhalb einer 5% Marke sei wie Gas geben mit angezogener Handbremse. Da werden sie auch den ganzen Motor erhitzen können - in der Verwaltung alle Beteiligten beschäftigen - es komme dann aber doch nur Rauch heraus, ohne dass man sich auch nur einen Meter bewegt habe.

Zu den Einnahmen: Insgesamt seien bei der Stadt ordentliche Steuereinnahmen von CHF 46.5 Mio. budgetiert worden und Ende 2016 werde mit einem Eigenkapital von ca. CHF 45 Mio. gerechnet. Weiter seien hohe Nettoinvestitionen von gut CHF 20 Mio. und ordentliche Abschreibungen von rund CHF 11 Mio. vorgesehen.

Im Budget 2016 sei ein Aufwand von CHF 172 Mio. - wie bereits erwähnt CHF 2.7 Mio. weniger als 2015 - und ein Ertrag von knapp CHF 168 Mio. geplant. Das ergebe ein Defizit von guten CHF 4 Mio. für das kommende Jahr.

Die Abteilungen seien vom 26. bis 30. Oktober 2015 durch die GRPK-Mitglieder besucht worden. Ein Dankeschön gehe an alle Beteiligten der verschiedenen Verwaltungsabteilungen für den geleisteten Effort. In der Detailberatung höre man von den GRPK-Mitgliedern mehr zu den einzelnen Abteilungen und Investitionen.

Einige Sparanstrengungen seien unternommen worden, doch werde es künftig sicher immer weniger Tabuzonen geben. Man könne nämlich nur dort nicht sparen, wo es einen gesetzlichen Auftrag gebe. Alles andere müsse zur Diskussion stehen. Es dürften dann auch keine Aussagen mehr kursieren wie: Da dürfe nicht gespart werden, weil man Energiestadt, Bildungsstadt oder Werkstadt sei oder was sonst noch alles in der Zukunft dazukomme. Dafür gebe es keine gesetzliche Grundlage.

Gesetzliche Vorgaben gebe es aber in diversen Bereichen wie zum Beispiel beim Sozialen. Dort sei gesetzlich klar geregelt, „was“ und „wie viel“. Um das in Ampelfarben zu visualisieren, ein roter Bereich ohne Sparpotenzial. Dann gebe es die orangen Bereiche, wie zum Beispiel die Schule, wo ein gesetzlicher Auftrag bestehe, die Umsetzung dessen aber einiges an Spiel- und Interpretationsraum offen lasse. Und dann gebe es noch all die restlichen grünen Bereiche, wo der Sparstift angesetzt werden müsse.

Dass jede Abteilung für sich denke und handle sei nachvollziehbar. Aber das ganzheitliche Denken bleibe so leider auf der Strecke. Und das führe sie wieder zum fehlenden, übergeordneten Rahmen oder Gerüst. Bei diesem „Gärtli-Denken“ merke man, wie wichtig ein solcher inkl. Leitbild wäre. Aber es bleibe leider weiterhin beim „wäre“. Es sei schade, dass der Stadtrat den Stellenwert eines klaren, einfachen, öffentlich zugänglichen Leitbilds nicht einsehe.

Eine ganzheitliche Betrachtungsweise lasse sich einfacher umsetzen, wenn dieser übergeordnete Rahmen existiere. Es heisse nicht umsonst: Gute Visionen und Missionen seien glaubwürdig, realistisch und motivierend. Zudem seien sie für Mitarbeitende und Kunden (Bürger) eine einfache und hilfreiche Orientierung. Um das Ganze in einer Pyramide zu veranschaulichen, habe sie ein Beispiel dazu: Es beginne mit einer Vision. Die könne wie folgt lauten: „Unsere Stadt - lebenswert, vorausschauend, nachhaltig“. Das bedeute: Die Stadt Wädenswil solle lebenswert sein, vorausschauend agieren und nachhaltige Werte für kommende Generation schaffen. An zweiter Stelle stehe die Mission, die lauten könnte:

- Unser Verständnis einer lebenswerten Stadt lebt durch die ganzheitliche Betrachtungsweise
- Dabei nutzen wir das Wissen unserer Mitarbeitenden und setzen moderne Mittel ein
- Wir optimieren nach Möglichkeit Prozesse, Gebäude und Anlagen und schaffen einen nachhaltigen Mehrwert für unsere Bürger
- Wir sind ein verlässlicher Partner für unsere Bürger und für unsere Lieferanten
- Die Gesundheit, Sicherheit, Entwicklung und Förderung unserer Mitarbeitenden sichern ein dauerhaftes Weiterkommen

Schliesslich komme an dritter Stelle das Leitbild, das zum Beispiel wie folgt lauten könnte:

- Wir erkennen die Bedürfnisse unserer Bürger
- Wir sind innovativ und lösungsorientiert
- Wir setzen unseren gesunden Menschenverstand ein
- Wir setzen auf unternehmerisch handelnde Mitarbeitende
- Wir leben Teamgeist (usw.)

Soviel zu einem möglichen Aufbau der städtischen Pyramide, vom übergeordneten Rahmen oder Gerüst oder ganz einfach: vom Strategischen zum Operativen. Sie wolle jetzt nicht auf politische Korrektheit oder auf Vollständigkeit drängen. Diese müsste man sicherlich im Detail genau ausarbeiten.

Unter Punkt D im Bericht und Antrag der GRPK seien diverse Anträge formuliert worden. Bei Antrag 2 (Sachaufwand - Dienstleistung Dritter) und Antrag 3 (Präsidiales - Informatik) wolle

eine Mehrheit der GRPK die Anträge in Empfehlungen umformulieren, damit das Ganze politisch korrekt daher komme. Inhaltlich sei aber immer noch das Gleiche gemeint.

Dass die Sparanträge der GRPK nur „einen Tropfen auf den heissen Stein“ seien, sei ihnen sehr wohl bewusst. Sie betone, dass es nicht darum gehe, die Arbeit einzelner Abteilungen zu hinterfragen oder zu kritisieren. Ihnen fehle die ganzheitliche Betrachtungsweise der städtischen Finanzen.

Die kommenden Herausforderungen - und es seien nicht wenige - könnten nur mit vereinten Kräften gemeistert werden. Dazu brauche es ein Wegkommen vom „Gärtli“-Denken. Man müsse den ganzen Acker sehen, der bearbeitet werden müsse oder eben: den gemeinsamen Wir-Gedanken. Dieser sei unter anderem dann gewährleistet, wenn alle auch übergeordnete Zielvorgaben hätten, diese kennten, respektierten und auch helfen würden, sie umzusetzen.

Sie komme zum Schlussantrag. Die Mitglieder der GRPK und auch die SVP-Fraktion würden beantragen, den Voranschlag der politischen Gemeinde für das Jahr 2016 inkl. Leistungsaufträge mit Globalkredit der entsprechenden Abteilungen - unter Berücksichtigung der kommenden Abstimmungen zu den Anträgen der GRPK und zum Steuerfuss - zu genehmigen.

**Mitglied der GRPK, Walter Münch, FDP,** sagt, dass die FDP-Fraktion die vom Stadtrat durchgeführten Sparrunden und Korrekturen zur Minderung des Aufwands im Voranschlag 2016 begrüsse. Leider müsse festgestellt werden, dass die Korrekturen einmal mehr minimal ausgefallen seien und dem Gemeinderat wieder ein unausgeglichenes Budget mit einem Fehlbetrag von CHF 4 Mio. präsentiert werde, obwohl es eigentlich Aufgabe des Stadtrats sei, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Sparen sei in diesem Herbst das Modewort in Wädenswil gewesen. Er persönlich verstehe jedoch unter sparen etwas anderes als der Stadtrat. Die Stadträte kämen mit überrissenen Anträgen und dann nach drei Budgetrunden pendle man leicht unter dem Niveau des Vorjahrs ein. Dem sage der Stadtrat sparen. Für ihn heisse sparen weniger ausgeben als im Vorjahr, und zwar in der Grössenordnung von 5 bis 10%. Während die Arbeitnehmenden in der Exportindustrie infolge der Euroschwäche Angst um den Arbeitsplatz hätten, für den gleichen Lohn länger arbeiten müssten, auf Ferien verzichten und unermüdlich nach Produktivitätssteigerungen und neuen Investitionen suchen würden, stelle sich die Verwaltung solchen Herausforderungen nicht oder noch nicht. Auf viele Fragen seien Antworten gekommen wie „warum nicht“ anstelle von Ideen, wo zusätzlich etwas eingespart werden könnte. Er habe das Gefühl, dass bei den Budgetrunden das Motto eher: „Lerne zu stöhnen ohne zu leiden“ laute. Klar gebe es einige Budgetpositionen, die im Voranschlag 2016 tiefer ausgefallen seien als im Vorjahr. Wenn genau hingeschaut werde, sehe man, dass beim Sachaufwand CHF 2.4 Mio. weniger budgetiert worden seien. Der wahre Grund seien die um CHF 2.2 Mio. tieferen Kosten für den Energieeinkauf. Das sei es dann gewesen. Beim Personalaufwand sei der wirkliche Grund für den tieferen Lohnaufwand im Voranschlag 2016 gegenüber dem Voranschlag 2015 die Besoldung von Lehrpersonen mit Teilzeitpensen, die neu vom Kanton und nicht mehr von der Stadt besoldet werden. Es handle sich also um reine Budgetkosmetik. Der Stadtrat habe sich nun dazu durchringen können, dass nur noch 0.6% der Lohnsumme für Lohnerhöhun-

gen bereitgestellt würden. Beim Kanton würden 0.4% diskutiert, der Bund gehe mit 0.2% sogar noch tiefer. Grund dafür sei nicht zuletzt eine Null- oder sogar Negativsteuerung. Er sei sich sicher, dass viele im Gemeinderat und unter den Zuschauern am Arbeitsplatz Nullrunden erlebt hätten, wahrscheinlich mehr als einmal. Für den Stadtrat sei so etwas anscheinend undenkbar. Die FDP-Fraktion habe sich deshalb eingehend mit dem Budget beschäftigt und glaube an Sparpotenzial ohne dass Leistungen reduziert werden müssten. Darum würden sie die Kürzungsanträge der Mehrheit der GRPK unterstützen. Sie würden auch ein wachsames Auge auf notwenige Investitionsausgaben und den Steuerfuss. Sie würden überprüfen, dass nur Investitionen gemacht werden, die unbedingt notwendig seien. Das Unnötige müsse gestrichen werden. Es müssten auch harte Diskussionen geführt und unpopuläre Entscheide getroffen werden. Das heisse, dass überrissene Investitionsanträge zurückgewiesen gehörten und die Argumentation, Wädenswil sei eine Bildungsstadt, nicht massloses Investieren und unnötige Ausgaben rechtfertigen würde. Auch die Bevölkerung - man habe es gehört - scheine sich vermehrt um den Gemeindehaushalt zu sorgen. In Richterswil sei zur Überraschung der Exekutive dem vorgeschlagenen Budget und dem überrissenen Steuerfuss der Stecker gezogen worden. In der Stadt Zürich werde mit Kürzungsanträgen versucht, das drohende Defizit von CHF 22 Mio. abzuwenden. Die fetten Jahre seien vorbei, als Budgets mit Fehlbeträgen einfach so durchgewinkt worden seien. Leider habe die OSW den Steuerfuss bereits um 2-Prozenpunkte erhöht und weitere Erhöhungen seien angedacht. Wenn man an die Eingemeindung bzw. mögliche Eingemeindung von anderen Gemeinden denke, müsse der Steuerfuss unbedingt bei 84% belassen werden. Die FDP unterstützte deshalb die Kürzungsanträge der GRPK und sei für die Beibehaltung des Steuerfusses bei 84%.

**Gemeinderatspräsident Erich Schärer**, erklärt, wenn er die GRPK-Präsidentin richtig verstanden habe, seien die Anträge 2 (Sachaufwand - Dienstleistung Dritter) und 3 (Präsidiales - Informatik) im Bericht und Antrag zum Voranschlag 2016 Kapitel D in Empfehlungen umgewandelt worden.

**Mitglied der GRPK, Rita Hug, GP**, sagt, auch den Grünen sei es ein grosses Anliegen, dass die Finanzen in Wädenswil im Lot seien. Sie wären der Meinung, dass dazu bereits grosse Anstrengungen in den meisten Abteilungen gemacht worden seien. Gar nicht verständlich sei, dass dringend notwendige Investitionen immer und immer wieder hinausgeschoben würden. So zum Beispiel die Alterssiedlung Bin Rääbe. Wie könne es sein, dass der Stadtrat diese Sanierung einmal mehr auf das Jahr 2020 hinausschiebe. Wer von ihnen müsse vom fünften Stock in das Kellergeschoss hinuntergehen, um Nasszellen aufzusuchen. Den alten Menschen in der Alterssiedlung Bin Rääbe werde das zugemutet. Bushaltestellen, die behindertengerecht saniert werden sollten, würden nach hinten verschoben. Auch das betreffe den Stadtrat wahrscheinlich nicht persönlich. Die Stadträte seien zum Glück noch fit und mobil. Für Menschen mit einem Handicap sei das aber eine klare Einschränkung. Schon jetzt sei sicher, dass Wädenswil es nicht schaffen werde, die gesetzlichen Anforderungen bis im Jahr 2024 alle Bushaltestellen behindertengerecht umzubauen, zu erfüllen. Die über 40-jährigen Kindergärten seien marod und dringend sanierungsbedürftig. Wann gedenke der Stadtrat dies anzupacken. Im Jahr 2020, wenn all diese Investitionen sie einholen würden, die der Stadtrat mit diesem Budget hinausschiebe, seien sie selber vermutlich nicht mehr im Stadtrat und Parlament - aber andere Politiker müssten dann diese grosse Last zusammen mit der Bevölkerung tragen. Das Hinausschieben von Investitionen

sei nicht sparen. Wädenswil habe sich in den letzten Jahren zu einem angenehmen und schönen Wohnort entwickelt, in dem es sich gut leben lasse. Mit dem Energiestadt-Label sei ein Zeichen gesetzt worden, dass ihnen die Umwelt nicht egal sei. Eine tolle Schule und motivierte Lehrer hätten bis anhin den Kindern einen guten Start in die Arbeitswelt ermöglicht. In Wädenswil bestehe ein wunderbares Kulturangebot, das vor allem durch viel private Initiative attraktiv sei. Heute Abend sei es an ihnen, diese positiven Seiten von Wädenswil beizubehalten und die Stadt nicht unnötig herunterzufahren. Wädenswil befinde sich in einer finanziellen Negativspirale, die in erster Linie von Politikern verursacht worden sei. Sie bitte sie darum, sich davon nicht hinunterziehen zu lassen.

Noch zur Präsidentin der GRPK, Christina Zurfluh Fraefel. Eine ganzheitliche Ansicht beinhalte auch die Fürsorge für die alten Menschen, Behinderte und Kinder und sei nicht nur da für gut Verdienende, die Steuern sparen wollten. Sie bitte bei den Abstimmungen nicht zu vergessen, dass sie Gemeinderäte des Volks seien und nicht des Stadtrats oder von Parteifreunden.

**Mitglied der GRPK, Christoph Lehmann, SVP**, informiert, dass in drei Lesungen das Defizit von über CHF 8 Mio. auf fast CHF 4 Mio. quasi halbiert worden sei. Eine zeitraubende, intensive und anspruchsvolle Aufgabe. Und jetzt komme auch noch die GRPK und habe mit nicht endenden Kürzungsanträgen und Empfehlungen etwas auf den Tisch gebracht. Wie es die Aufgabe der Verwaltung sei, das Budget zu erstellen, sei es ihre Aufgabe, das blaue Buch zu hinterfragen und allenfalls mit Empfehlungen und/oder Anträgen zu quittieren. Er danke dafür, dass sie die Aufgabe des Parlaments auch so verständen. An dieser Stelle wolle er allen Personen, die sich positiv an diesen Aufgaben (mehrmaliges, kritisches Hinterfragen von Ausgaben und Einnahmen) beteiligt hätten, einen grossen Dank, ja ihre Wertschätzung aussprechen. Die Arbeit des Budgetprozesses ende zwar mit der Verabschiedung des Voranschlags heute, aber die Aufgabe des kritischen Hinterfragens oder eine bestimmte Frage zu stellen, gehe weiter und begleite sie hoffentlich weiter. Langsam werde sichtbar, dass die Personenfreizügigkeit und alles was damit schöngeredet worden sei, nicht einträfen. Mit heutigem Wissenstand bestehe kaum eine Chance, dass sie unmittelbar oder absehbar je eintreffe. Die Steuereinnahmen würden trotz Bevölkerungswachstum netto netto um CHF 1.6 Mio. zurückgehen, wenn der Ressourcenausgleich von CHF 7 Mio. neutralisiert werde. Die Ausgaben Soziales - Wirtschaftliche Hilfe und alles, das mit Alter, AHV und IV zu tun habe, würden förmlich explodieren. Der Voranschlag 2016 weise einen Nettozuwachs von mehr als CHF 2 Mio. aus. Die Schule und die im Finanz- und Entwicklungsplan (FEP) in Aussicht gestellten Investitionen (Infrastrukturausbau von Zimmer und Halle) würden ebenfalls nicht spurlos vorbeiziehen, ja sogar über Jahrzehnte Millionenbeträge für Abschreibungen und Zinszahlungen verschlingen. Auch wenn sie scheinbar mit einem blauen Auge davon kämen, wenn man den Voranschlag 2016 - Steuerfuss bei 84% gleichbleibend und das Eigenkapital um CHF 4.1 Mio. reduziere, müsse man sich folgende Frage stellen: Was wolle man sich leisten bzw. was könne man sich leisten. Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt, liebe Politikerinnen und Politiker, liebe Bürgerinnen und Bürger: Wenn sie etwas bestellen würden, müssen sie es auch bezahlen. Die Fragestellung: dringlich, notwendig, zweckmässig oder wirtschaftlich müsse unbedingt und zwingend vor eigenem Interesse stehen. Reich sei, wer keine Schulden habe, glücklich, wer ohne Krankheit lebe. Seine Wohlfühlstrategie für die Stadt Wädenswil sei deshalb: „Bleiben wir reich und gesund.“

**Mitglied der GRPK, Christian Gross, SP**, erklärt, dass es fast ein bisschen lustig sei, wenn man zurückschaue, was die FDP und die SVP noch vor ein paar Jahren gesagt hätten. Im 2009 habe man eine Steuersenkungsrunde gehabt. Damals habe es geheissen, dass es keine Spur von einer bevorstehenden Pleite gebe. Alle wichtigen Projekte würden auch mit einer Steuersenkung problemlos finanziert. Als 2011 die Steuern nochmals gesenkt worden seien, habe es von Seiten der FDP immer noch geheissen, man habe prallvolle Kassen und alle Projekte würden sich problemlos finanzieren lassen. Von der SVP sei zu hören gewesen, dass keine einzige Leistung abgebaut und keine einzige Investition zurückgestellt werden müsse. Sogar eine weitere Steuerfussenkung sei möglich. So könne man sich täuschen. Darum sei es nur fast lustig. In der Realität sei Wädenswil zwar nicht pleite, aber doch inzwischen nettoverschuldet. Aktuell hätten sie ein Budget vor sich, bei dem man Kulturbeiträge kürze, bei städtischen Leistungen den Preis erhöhe und plötzlich heisse es auch nicht mehr, dass keine Leistungen abgebaut würden. Sondern es heisse, alles wo gekürzt werden könne, müsse gekürzt werden. Trotz allem habe man jedoch immer noch ein Defizit. Weder die Kürzungen noch das Defizit seien im Geringsten lustig. Es sei auch überhaupt nicht lustig, wenn die Kürzungen, die bei gewissen Posten bis zu 20% betragen, als „Tropfen auf den heissen Stein“ bezeichnet würden. Er finde das etwas zynisch gegenüber all den Betroffenen. Was Wädenswil brauche sei - Christina Zurfluh Fraefel habe es richtig angesprochen - eine langfristige Planung und nicht ein Durchquetschen von einem Budget zum nächsten unter der fast religiösen Doktorin des Steuerfusses von 84%. Zum Schluss wolle er noch eine kleine Korrektur anbringen. Ganz am Anfang sei gesagt worden, dass Kleinstpensen neu der Kanton bezahle. Dies stimme - wenn er das richtig sehe - nicht. Statt auf dem Konto Besoldungen würden diese neu auf dem Konto 705.3510 verrechnet. Somit könne nicht gesagt werden, dass nichts gespart werde, weil der Kanton bezahle. Die Kleinstpensen würden immer noch von der Gemeinde bezahlt.

**Adrian Stucki, GP**, entschuldigt sich bereits jetzt, wenn er wirtschaftlich nicht so professionell wie Christina Zurfluh und Christoph Lehmann sei. Er rede nämlich von Kühen. Sie hätten richtig gehört. Besser gesagt rede er von einer Kuh. Früher sei es so gewesen, dass die Bauern nur eine Kuh im Stall gehabt hätten. Diese Kuh habe man hegen und pflegen müssen, da sie für die Bauernfamilie sehr wichtig gewesen sei. Mit der Milch, dem Butter und dem Käse, die die Bauern produziert hätten, habe die Kuh für das Überleben der Bauernfamilie gesorgt. Weil man um die Wichtigkeit dieser Kuh gewusst habe, habe man sie „gehätschelt“ und „getätschelt“. Zum Tier sei geschaut worden und die Kuh sie von Generation zu Generation weitergegeben worden. Jedes Bauernmitglied habe wieder genau gleich zur Kuh geschaut. Sie kennten sicher auch das Sprichwort „Eine Kuh melken, bis sie Tod umfalle“. Da gehe es nicht mehr um einen Kreislauf aufrechtzuerhalten, sondern um den wirtschaftlichen Profit, der aus der Kuh herausgeholt werden könne. Man gebe der Kuh keine Medikamente mehr und einen Tierarzt brauche man sowieso nicht mehr. Man gebe der Kuh das günstigste Futter und melke sie trotzdem jeden Tag, morgens und abends, bis sie tot umfalle. So verdiene man zwar viel, könne die Kuh jedoch nicht weiter geben. Es sei nicht zum Wohl der Kuh und auch nicht zum Wohl der Familie. Von ihm aus gesehen würden die Rechten die Kuh Wädenswil genau in diesem Augenblick so melken. Rücksicht auf das was nachher komme, werde nicht genommen. Durch die Sparwut und das „Abschränzen“ wo nur möglich, werde genau das gemacht. Nur ein paar kleine Beispiele. Zur Sparwut Schule: Wenn bei den sonderpädagogischen Massnahmen Geld weggenommen werde - das sei

das was Rahel Sonderegger erwähnt habe - seien Schicksale dahinter und nicht nur ein Konto oder nur eine Zahl. Damit werde einer DaZ-Lehrerin der Job weggenommen. Vielleicht werde die Lehrerqualität schlechter, da weniger Lohn bezahlt werden könne oder was auch immer. Es seien Schicksale dahinter. Es sei klar, dass ihnen die Energiestadt nicht wichtig sei. Aber die Energiestadt sei für die nächste Generation und nicht für sie selber. Bei der Schule sei es das gleiche. Es gelte, die Qualität aufrechtzuerhalten. Wenn heute bei der Informatik gespart werde, habe man vielleicht in zehn Jahren ein Sicherheitsproblem und nicht bereits heute. Sie alle und er sowieso seien bis dann zurückgetreten und müssten sich nicht mehr darum kümmern. Er sei auch dafür, dass die Aufwandsposten angeschaut werden müssen; man solle ihn nicht falsch verstehen. Man müsse diese anschauen. Man dürfe nicht zu allem „Ja“ sagen. Mit gewissen Anträgen sei er sogar einverstanden. Er frage sich jedoch, warum nicht auch die Steuerseite angeschaut werden könne. Das sei doch die Einnahme, die man habe. Er frage sich, ob sie Angst hätten, dass der Private CHF 50.- verliere oder keine Leute mehr nach Wädenswil zögen. Das sei dasselbe, wie wenn er seiner Frau sagen würde, heute habe er eine Lohnerhöhung erhalten. Er habe sie jedoch abgelehnt, da sie die nächsten 50 Jahre Cervelats essen würden. Da spiele es keine Rolle. Es müsse die Einnahmen- und Ausgabenseite angeschaut werden. Das sei für ihn Vernunft. Er erinnere sich noch daran, dass er vor ein paar Jahren in der GRPK und im Rat einer Steuersenkung zugestimmt habe, obwohl er ein Linker, ein Grüner sei. Er habe damals zugestimmt, weil es zu dieser Zeit einfach Sinn gemacht habe. Deshalb könne er nicht verstehen, wenn am Anfang einer Legislatur oder eines Fraktionsberichts gesagt werde, dass man nie für das Steuernsenken einstehen werde. Das habe nichts mehr mit Sachpolitik zu tun. Sie bestimmten hier - wie Rahel Sonderegger bereits gesagt habe - über Schicksale. Er hoffe, dass die Gemeinderäte sich ihrer Vernunft bewusst seien und sie vielleicht bei den einzelnen Sparanträgen ein bisschen an sein Votum denken würden.

**Pierre Rappazzo, GLP**, sagt, dass für sie die Milchkuh der Steuerzahler sei. Dieser könne nicht gemolken werden, bis er umfalle. Die Frage sei doch, was für einen Stall man brauche. Werde bei einer Kuh ein Luxusstall mit Melkmaschine gebraucht oder stünde der Bauer ab und zu selber zum Melken auf. Das sei zwar etwas mehr Arbeit, aber koste weniger Geld. In diesem Sinn stelle sich die Frage, welche Perspektive man habe. Baue man den Stall aus oder melke man die Kuh, bis sie umfalle.

**Stadtrat Finanzen Peter Schuppli**, zitiert: "Sturm in den Steuerparadiesen. Viele reiche Gemeinden rund um den Zürichsee geraten in die roten Zahlen. Die einen machen Schulden. Die anderen erhöhen die Steuern, sogar Herrliberg. In Richterswil wurde eine Steuerfusserhöhung abgelehnt. Am Rand der Komfortzone. Sparprogramme führen in vielen Gemeinden zu Diskussionen über das richtige Leistungsangebot." Und noch Regierungsrat Ernst Stocker: „Der Staat muss effizienter werden. Ernst Stocker setzt auf Sparmassnahmen. Eine Steuererhöhung kommt für ihn nicht in Frage."

Einleitend zu seinen Ausführungen bringe er seine Hoffnung zum Ausdruck, dass sie nach dieser Budgetdebatte mit Überzeugung den Heimweg anträten, das Beste für die Stadt Wädenswil beschlossen zu haben. Mit dem Ausdruck „Das Beste“ meine er das Optimum mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen. Mit Ressourcen meine er nicht nur die finanziellen, sondern auch die personellen Ressourcen. Denn alles müsse auch personell bewältigt,

also zuerst angedacht, durchgedacht, geplant und schliesslich realisiert werden und zwar genau so, wie es finanziell zusammengestellt und genehmigt worden sei.

An dieser Stelle danke er den Mitgliedern der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission mit der Präsidentin Christina Zurfluh Fraefel für ihre fundierte und verantwortungsvolle Arbeit im Dienste der Öffentlichkeit. Gleichzeitig spreche er aber auch einen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung aus. Für sie bedeute das Erstellen des Budgets jeweils eine anspruchsvolle und zeitraubende Aufgabe neben dem Alltagsgeschäft, das bei einer Stadt in der Grösse von Wädenswil nicht unterschätzt werden dürfe. Bei ihnen fange es an, was unter Prioritäten setzen zu verstehen sei. Wenn man an die finanziellen Möglichkeiten denke, werde man sich bewusst, dass das Korsett eng und kein Platz für Wunschbedarf offen sei. Natürlich gebe es schon eine Möglichkeit um Wünsche zu erfüllen. Die Möglichkeit heisse, am Steuerfuss schrauben. Aber das sei für den Stadtrat mit Blick auf das anspruchsvoller werdende wirtschaftliche Umfeld - nach abwägen der Vor- und Nachteile - keine Variante gewesen, für die er sich hätte erwärmen können. Das sei die Ausgangslage gewesen, als sie in der Exekutive in die Budgetdebatte eingestiegen seien. Nach einem anfänglichen Fehlbetrag von einem zweistelligen Millionenbetrag und den Konsequenzen, die ein solches Defizit auf das Eigenkapital gehabt hätten, sei man in einer zweiten und dritten Lesung - in der Beurteilung des Stadtrats - zu einem vertretbaren und mit Blick auf die Bilanzrelationen, zumutbaren Minus von CHF 4.2 Mio. gekommen. Um Klarheit zu schaffen: Keine Abteilung sei von der Vorgabe, den Gürtel noch enger zu schnallen, verschont geblieben. Den Gürtel enger schnallen bedeute, entweder etwas auf später verschieben mit dem Risiko, dass beispielsweise im Bereich Liegenschaften eine hinausgeschobene Sanierung kostspieliger werde oder aber, auf gewisse Vorhaben ganz zu verzichten. Der Wille des Stadtrats, sich auf das Nötigste zum Erhalt eines funktionierenden Gemeinwesens zu beschränken, sei auch nicht gewichen, als sie erfahren hätten, dass sie wieder in den Genuss von einem kantonalen Ressourcenzuschuss im Umfang von CHF 5.7 Mio. kämen. Auch das vom Stadtrat mittelfristig angestrebte und postulierte Ziel eines ausgeglichenen Budgets werde durch den Ressourcenzuschuss aus dem Finanzausgleich nicht tangiert. An diesem Ziel halte der Stadtrat hartnäckig fest. Sie wollten, das erwarte die Bevölkerung auch von der Exekutive, einen Haushalt, bei dem Einnahmen und Ausgaben im Normalfall im Gleichgewicht seien und das wenn immer möglich, ohne auf der Einnahmeseite, spreche am Steuerfuss, zu schrauben. Diese Ausführungen seien auch als ergänzende Erläuterungen zum Postulat der CVP zu verstehen. Das als Hinweis auf das Traktandum 3 der heutigen Gemeinderatssitzung.

Dass die erwähnte Zielsetzung von einem ausgeglichenen Haushalt auch für die kommenden Jahre eine veritable Herausforderung für alle Beteiligten - Exekutive, Verwaltung und Bevölkerung - bedeute, müsse wohl nicht speziell erwähnt werden.

Wenn Wädenswil mit dem Ortsteil Au auch in Zukunft eine Stadt sein wolle, in der man nicht nur gerne wohne, einkaufe und Steuern bezahle, sondern wenn möglich auch dort arbeite, ob handwerklich, im Handel oder im Büro, dann setze das eine funktionierende Infrastruktur voraus. Damit meine er intakte Strassen, intakte Leitungen, intakte Schulhäuser, intakte Kindergärten, intakte Sportanlagen, ein intaktes breitgefächertes Freizeitangebot, intakte Einkaufsmöglichkeiten und so weiter und so fort. Und dass Wädenswil bereits intensiv daran sei, die Zukunft mitzugestalten, zeige sich gerade in mehrfacher Hinsicht:

Erstens im Projekt Rütihof. Hier fungiere die Stadt als Wegbereiter für die Ansiedlung von über zwanzig grösstenteils einheimischen Gewerbebetrieben.

Zweitens in der Begleitung und Unterstützung des Projekts Au-Park, wo ein privater Investor (Intershop) auf dem jetzigen Alcatel-Areal nicht nur hunderte neue Wohnungen mit bezahlbarem Wohnraum erstellen wolle, sondern auch interessiert an einer Mittelschule sei.

Und drittens die Positionierung von Wädenswil einerseits als Bildungs- und Forschungsstadt und andererseits als Energiestadt. Zu diesem Thema sei soeben eine lesenswerte Broschüre „Masterplan Energie 2020+“ erschienen und verschickt worden.

Nicht vergessen werden dürften die Grossbaustellen wie diese an der Zugerstrasse und im Büele-Quartier. Hier würden ins Alter gekommene Wohnräume durch neuzeitliche, moderne Wohnungen ersetzt. Auch der Ortsteil Au befinde sich im Wandel und in einer Wachstumsphase. Weitere Veränderungen seien absehbar, zum Beispiel an der Speerstrasse, an der Seestrasse beim Haus zum Zyt und in der Rietliau vis-à-vis der Kläranlage usw.

Summa summarum: Die Stadt Wädenswil stehe nicht still, sondern sei in Bewegung und verändere sich an verschiedenen Orten und in verschiedenen Quartieren signifikant. Das sei einerseits erfreulich, bringe eine solche Entwicklung neues Leben hierher. Andererseits bedeute Wachstum aber auch neue Aufgaben und Herausforderungen, denen man sich stellen müsse. Er erwähne nur die Anforderungen an die Infrastruktur im weitesten Sinn.

Zwangsläufig habe diese Entwicklung auch Folgen für die Finanzlage, die nach wie vor einen äusserst sorgsamem Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln verlange. Denn wie die provisorischen Zahlen des laufenden Jahres zeigen würden, werde die Stadt in diesem Jahr vor allem aufgrund von unerwartet ausgebliebenen Einnahmen bei der Quellensteuer den erwarteten Wert im Steuerbereich verfehlen.

Das sei mit ein Grund, weshalb das für das Jahr 2015 budgetierte Defizit von CHF 6.7 Mio. aus heutiger Sicht überschritten werde. Dies bedeute, dass das Eigenkapital stärker als ursprünglich budgetiert schrumpfe, allerdings weniger stark, als es bis vor kurzem noch ausgesehen habe. Aus heutiger Sicht sei bei den Eigenmitteln ein Wert von ca. CHF 50.7 Mio. zu erwarten, mehr als Mitte Jahr noch habe befürchtet werden müssen. Als Entwarnung sei dies aber nicht zu verstehen, denn wie erwähnt worden sei, werde das für 2016 budgetierte Defizit die Eigenmittel erneut beeinträchtigen. Die Devise könne nur heissen: strikte Ausgabendisziplin im gesamten städtischen Bereich, allenfalls sogar zusätzliche Massnahmen, falls es sich im Laufe des Jahrs zeige, dass die Konjunktorentwicklung auf der Einnahmeseite, also im Steuerbereich, tiefere Spuren hinterlasse als erhofft.

Zusammenfassend könne festgehalten werden, dass die Herausforderungen für den Staatshaushalt nicht kleiner geworden seien - im Gegenteil. Das bedinge, wie erwähnt, zum einen Prioritäten zu setzen und zum anderen querbeet, also in allen städtischen Abteilungen, eine kompromisslose Kostendisziplin anzueignen und durchzuziehen. Fallweise seien auch grundsätzliche Fragen zum Aufgabengebiet der städtischen Verwaltung zu stellen. Auch

das, was bisher als tabu, als unantastbar eingestuft worden sei, könne und solle einer Prüfung unterzogen werden, ob es Alternativen mit Vorteil für die Stadt und die Steuerzahler gebe. Das Stichwort dazu laute: Ausgliederung / Verselbständigung einzelner Bereiche.

Er bitte den Gemeinderat dem vorliegenden Budget, respektive den Anträgen auf der Seite 155 im blauen Buch im Namen des gesamten Stadtrats zuzustimmen. Seine Stadtratskollegen und -kollegin würden sich allenfalls bei der Detailberatung zu den einzelnen Abteilungen zu Wort melden, sofern dies nötig sei oder gewünscht werde. Er schliesse in der Hoffnung und der Überzeugung, dass in konstruktivem Geist heute Abend das Budget bereinigt und abgesegnet werde und damit einen Scherbenhaufen wie in der Nachbargemeinde verhindert werden könne.

**Gemeinderatspräsident Erich Schärer** bittet die GRPK-Präsidentin nochmals zu wiederholen, welches nun Empfehlungen seien, da inzwischen Stadtpräsident Philipp Kutter eingetroffen sei.

**Präsidentin der GRPK, Christine Zurfluh Fraefel, SVP**, wiederholt, dass Antrag 2 (Sachaufwand - Dienstleistung Dritter) und Antrag 3 (Präsidiales - Informatik) in eine Empfehlung umformuliert würden.

#### **Detailberatung:**

Abteilungsweises Vorgehen des Budgets

#### **Präsidiales (Seite 17 bis 26)**

**Mitglied der GRPK, Christine Merseburger, EVP**, dankt der Abteilung Präsidiales und allen, die an dieser Sitzung teilgenommen hätten. Die gestellten Fragen seien im Vorfeld und während der Besprechung gut und vollständig beantwortet worden. Das Budget der Präsidialabteilung sehe Einsparungen von CHF 0.4 Mio. im Vergleich zum Budget 2015 vor. Dies sei ein Minus von 4.8%. Die Einnahmen seien im normalen Rahmen budgetiert worden. Die Abteilung Präsidiales habe wie die anderen Abteilungen Sparanstrengungen unternommen und habe verschiedene Vorschläge, die gemacht worden seien, geprüft und teilweise in die Tat umgesetzt. Zum Beispiel hätten die Gemeinderäte im Zusammenhang mit der Umstellung auf den papierlosen Gemeinderat auf ihre Entschädigung verzichtet. Verschiedene Konten würden eine grössere Schwankung nach oben und nach unten zeigen. Das liege daran, dass Kosten nun konsequenter direkt auf die Abteilungen gebucht worden seien. Das sei eine sehr gute Sache. Es sei nun viel klarer. Deshalb seien zum Beispiel im Voranschlag 2016 die Kosten für Halbtax-Abonnemente um die Hälfte kleiner und bei der Primarschule leicht erhöht. Die Ausgaben für die Bildungs- und Forschungsstadt seien tiefer budgetiert worden. Es werde nun nur umgesetzt, was im Budget machbar sei. Es würden keine geplanten Projekte gestrichen. Trotzdem sei es logischerweise so, dass es weniger Projekte gebe, da die einzelnen Hürden höher geworden seien. Bei der Jungbürgerfeier habe man sparen wollen, in dem diese im 2016 ausgelassen würde. Nun habe sich die Möglichkeit ergeben, im Rahmen der 200-Jahr-Feierlichkeiten der Clientis Sparkasse, die Jungbürgerfeier trotzdem durchzuführen. Für die kommenden Jahre werde ein neues Konzept erarbeitet und es werde darauf geschaut, dass für die Feier nicht mehr so viel Geld ausgegeben werde. Auch

beim Neuzuzügerabend sehe man ein grosses Sparpotenzial und so würde auch dort gespart. Ein Beitrag, der auch sehr viel kleiner geworden sei im Budget sei dieser für das Altpapier. Dies habe die Frage aufgeworfen, ob weniger gesammelt werde oder ob keiner mehr Zeitungen lese. Dem sei aber nicht so. Der ZVHo habe einen besseren Abnahmevertrag abschliessen können und somit sei die Defizitgarantie der Stadt kleiner geworden. Es werde immer noch gleich viel Papier gesammelt und gleich viel Zeitung gelesen.

**Stadtpräsident Philipp Kutter**, macht eine Bemerkung zum Präsidialen. Es betreffe die Jungbürgerfeier. Es sei richtig, dass die Jungbürgerfeier aus finanziellen Gründen und weil die Veranstaltung nicht mehr ganz im Zeitgeist gelegen habe in Frage gestellt wurde. Sie hätten sich eine Pause gönnen wollen um zu überlegen, wie die jungen Leute auf eine bessere Art begrüsst werden könnten. Nun sei das Angebot der Sparkasse gekommen. Es sei nicht nur darum gegangen, Kosten zu sparen. Am Anfang stehe eigentlich der Befund, dass der Anlass nicht mehr so richtig stimmig gewesen sei.

#### **Sachgruppe Personalaufwand - Konto 3.30**

**Die einstimmige GRPK beantragt:** „Das den Abteilungen zur Verfügung gestellte Budget für individuelle Lohnerhöhungen ist von 0.9% auf 0.6% der Lohnsumme zu reduzieren.“

#### **Abstimmung über den Antrag**

#### **Sachgruppe Personalaufwand - Konto 3.30**

**Die einstimmige GRPK beantragt:** „Das den Abteilungen zur Verfügung gestellte Budget für individuelle Lohnerhöhungen ist von 0.9% auf 0.6% der Lohnsumme zu reduzieren.“

Der Rat stimmt dem Antrag der GRPK grossmehrheitlich zu.

**Gemeinderatspräsident Erich Schärer** erkundigt sich, ob das Parlament damit einverstanden sei, dass die Anträge 2 (Sachaufwand – Dienstleistung Dritter) und 3 (Präsidiales - Informatik) der GRPK gemäss der Präsidentin der GRPK in Empfehlungen umgewandelt worden seien, da es sich um Kontogruppen handle.

**Mitglied der GRPK, Christine Merseburger, EVP**, ist damit einverstanden dass der Antrag 2 (Sachaufwand – Dienstleistung Dritter) in eine Empfehlung umgewandelt worden sei. Beim dritten Antrag zur Kürzung der Informatik verlange sie eine Abstimmung, da sie dagegen stimmen wolle, auch gegen eine Empfehlung. Sie von der EVP/EDU-Fraktion seien der Meinung, dass eine funktionierende Informatik von grösster Wichtigkeit sei.

**Gemeinderatspräsident Erich Schärer** weist darauf hin, dass genaue Anträge gestellt werden müssen, auf welchem Konto etwas gekürzt werden solle. Das sei auch die Auskunft des

Gemeindeamts Kanton Zürich gewesen, dass es so nicht gehandhabt werden könne. Darum sei der Antrag der GRPK auch in eine Empfehlung umgewandelt worden.

**Mitglied der GRPK, Christine Merseburger, EVP**, weist darauf hin, dass es sich hier ja um ein einzelnes Konto handle.

**Marc Lütolf, CVP**, sagt, wenn man schon darüber rede, dann könne er sagen, dass er und seine Fraktion dafür seien. Er arbeite in der Informatik. Jedes Jahr gebe es Kürzungen. Hier gehe es um 5%. Man habe bei 10% angefangen, nun seien es 5% auf den Gesamtbetrag. Er wisse, es sei eine Empfehlung. Diese finde er auch gut. Er glaube das sollte möglich sein. Sonst könne man gerne einmal eine Weisung machen.

**Stadtpräsident Philipp Kutter**, informiert, dass die Informatik heute essentiell für die Arbeit in der Stadtverwaltung sei. Wenn der Computer abliege, könnten die Meisten nach Hause gehen. Man müsse wissen, dass die städtische Informatik sehr vielseitig sei. Es gebe über 100 unterschiedliche Branchen- und Sicherheitslösungen, die im Einsatz seien und jede Verwaltungsabteilung habe spezielle Bedürfnisse. Die vielen verschiedenen Programme hätten auch ebenso viele Lizenzgebühren zur Folge und dafür sei das Geld. Die Empfehlung nehme man selbstverständlich entgegen. Es sei ausgesprochen. Sie würden sich damit befassen. Es sei jedoch nicht ganz so einfach, die angestrebten Beträge zu erreichen.

**Gemeinderatspräsident Erich Schärer** erkundigt sich bei Christine Merseburger, ob sie am Antrag festhalte. Er weise nochmals darauf hin, dass es für eine Kontogruppe nicht gehe. Der Beschluss wäre unwirksam.

**Mitglied der GRPK, Christine Merseburger, EVP**, zieht deshalb ihren Antrag auf eine Abstimmung zurück.

**Sachaufwand - Konti 3.31.3180, 3.31.3181, 3.31.3182, 3.31.3185, Dienstleistungen Dritter**

**Eine Mehrheit der GRPK gibt die Empfehlung ab: Der Aufwand der Konti Dienstleistungen Dritter (Konti 3.31.3180, 3.31.3181, 3.31.3182, 3.31.3185) ist um CHF 200'000.- von total CHF 7'959'349.- auf neu CHF 7'759'349.- zu reduzieren.**

**Keine Abstimmung über die Empfehlung.**

**Präsidiales - Informatik Konto 15.153, Informatik**

**Eine Mehrheit der GRPK gibt die Empfehlung ab: Der Aufwand des Kontos Informatik (Konto 15.153) ist um CHF 75'000.- von CHF 1'495'000.- auf neu CHF 1'420'000.- zu reduzieren.**

**Keine Abstimmung über die Empfehlung.**

### **Kulturkredit, Konto 160.3650.00, Beiträge und Ankäufe**

**Eine Mehrheit der GRPK beantragt „Es werden im 2016 keine Ankäufe von 'Kunstgegenständen' und 'Kulturobjekten' getätigt.“**

**Stadtpräsident Philipp Kutter**, sagt, dass auch dieser Antrag keine direkte Wirkung habe. Der Stadtrat würde ihn jedoch selbstverständlich als Empfehlung der Kulturkommission weitergeben. Inhaltlich sei der Antrag so wie er vorliege, abzulehnen. Die Stadt Wädenswil fördere mit dem Kulturkredit die Wädenswiler Kultur. Der Stadtrat gebe das Geld treuhänderisch der Kulturkommission. Bei der Kulturförderung geschehe das auf zwei Arten. Einerseits würden Veranstaltungen vor allem in den Sparten Musik und Theater unterstützt. Daneben gebe es die bildenden Künstlerinnen und Künstler. Diese unterstütze man am besten, indem diesen gelegentlich - es passiere nicht allzu oft - ein Werk abgekauft werde. Der Vorteil liege darin, dass die Stadt in Form des angekauften Werks einen Gegenwert für die Förderung erhalte. Bilder oder allenfalls eine Skulptur abkaufen, die in einen Park gestellt werden, sei die gängigste Form und aus seiner Sicht auch die sinnvollste, um die bildenden Künstlerinnen und Künstler zu fördern. Wenn das Parlament dem Stadtrat sage, dass keine solchen Ankäufe mehr getätigt werden dürfen, führe das in der Praxis dazu, dass die Kulturförderung auf die Sparten Musik und Theater begrenzt würde. Noch etwas zur Grössenordnung. In den Jahren 2010 bis 2014 seien vereinzelt Bilder und Skulpturen im Gesamtwert von ca. CHF 30'000.- gekauft worden. Das seien etwa CHF 6'000.- pro Jahr. Im Übrigen - das sei auch eine Diskussion im Vorfeld gewesen - werde über den Kunstbesitz der Stadt ein Inventar geführt. Dieses könne selbstverständlich im Sekretariat der Kulturkommission eingesehen werden. Er bitte den Gemeinderat darum, von diesem Antrag abzusehen.

### **Abstimmung über den Antrag mit Stimmzähler**

### **Kulturkredit, Konto 160.3650.00, Beiträge und Ankäufe**

**Eine Mehrheit der GRPK beantragt „Es werden im 2016 keine Ankäufe von 'Kunstgegenständen' und 'Kulturobjekten' getätigt“**

Der Rat stimmt dem Antrag der GRPK mit 22:12 Stimmen bei einer Enthaltung zu.

### **Nachlass Ortsmuseum / Kulturgarage, Konto 162.3650.01, Betriebsbeitrag Kulturgarage**

**Eine Mehrheit der GRPK beantragt: „Der Aufwand des Kontos 162.3650.01 (Betriebsbeitrag Kulturgarage) von CHF 40'000.- ist neu als Defizitgarantie anstelle von Betriebsbeitrag zu bezeichnen.“**

**Mitglied der GRPK, Beatrice Gmür, SP**, führt aus, dass im Budget 2013 der Gemeinderat einen Kredit von CHF 60'000.- für den Umbau der Kulturgarage gesprochen habe. Letzthin sei sie eröffnet worden, einige hätten sie auch gesehen. Bereits damals sei klar bzw. es sei im Budget gewesen, dass die Stadt einen Betriebsbeitrag leisten müsse. Der vorliegende Antrag erscheine auf den ersten Blick als ziemlich harmlos. Es sei einfach eine Umbenennung

von einem Betriebsbeitrag in einen Defizitbeitrag. Der Beitrag solle ja nicht geändert werden. Auf den zweiten Blick sehe es allerdings etwas anders aus. Der Betriebsbeitrag solle den Hauptteil der Mietkosten decken. Hier liege das Problem dieser Umbenennung. Die Mietkosten würden jeden Monat anfallen. Wenn der Aufwand als Betriebsbeitrag deklariert werde, könne die Stadt sich laufend an den Kosten beteiligen. Wenn er jedoch als Defizitgarantie deklariert sei, werde der Betrag von Seiten der Stadt erst fällig, wenn der Trägerverein der Kulturgarage die Jahresrechnung abgeschlossen habe, also erst nach einem ganzen Jahr. Sie frage sich, woher der Trägerverein der Kulturgarage in der Zwischenzeit das Geld nehmen solle. Sei es wirklich die Absicht des Parlaments, dass der Trägerverein einen Kredit aufnehmen müsse und darauf auch noch Zinsen zahle, damit er das Geld vorschliessen könne, das die Stadt ein Jahr später spreche. Das mache keinen Sinn.

Es erscheine ihr, dass der Antrag aus der Angst heraus geboren worden sei, dass die Kulturgarage viel Gewinn machen könnte und die Stadt trotzdem ihren vollen Betriebsbeitrag wie er im Budget sei, zahlen müsse. Erstens müsste sich der Trägerverein gewaltig strecken, damit er den Fehlbetrag von rund CHF 10'000.- hereinbrächte, weil die Kulturgarage nur drei bis vier Monate pro Jahr vermietet werden könne. Sollte man sehen, dass die Kulturgarage über die Jahre hin Gewinn abwerfe, stehe der Betrag ja jedes Jahr im Budget. Wenn die Kulturgarage wirklich so viel Gewinn mache, stehe es dem Rat frei, in einem nächsten Budget den Betriebsbeitrag auch wieder zu kürzen. Sie bitte, den Antrag abzulehnen und auf die Umbenennung zu verzichten und dafür zu sorgen, dass die Kulturgarage, die jetzt bereit stehe und in den Startlöchern sei, um zu funktionieren, auch die nötigen Mittel habe.

**Mitglied der GRPK, Rita Hug, GP**, teilt mit, dass einige Mitglieder des Rats wie sie selber bei der Eröffnung der Kulturgarage anwesend gewesen seien. Sie hätten sich davon überzeugen können, dass private Investoren und viele ehrenamtliche Helfer des Volkstheaters und der Historischen Gesellschaft etwas Tolles geschaffen hätten. Die Stadt Wädenswil sei mit relativ wenig finanziellem Aufwand zu etwas sehr Schöнем gekommen. Das Haus biete tolle günstige Wohnungen für die Studenten der ZHAW und die Kulturgarage biete Räumlichkeiten zu fairen Preisen an. Das Volkstheater sei über die Stadtgrenze für die hochstehenden Aufführungen bekannt und die Historische Gesellschaft besteche immer wieder mit speziellen, tollen Ausstellungen und - nicht zuletzt - verwalte sie die historischen Güter von Wädenswil. Beide beteiligten Vereine würden damit einen grossen Beitrag zum kulturellen Leben in Wädenswil leisten.

Damit sie diesen Betrieb aufrechterhalten könnten, solle die Stadt Wädenswil einen Betriebsbeitrag von CHF 40'000.- pro Jahr leisten. Die Fraktion der Grünen unterstütze diesen Betrag und wolle den beiden Vereinen die Freiheit geben, diesen selbständig zu verwalten. Den Beitrag in eine Defizitgarantie umzuwandeln erscheine ihnen nicht sinnvoll. Das generiere nur unnötigen administrativen Aufwand für die Stadt - und das wollten sie vermeiden. Sie fänden es sei unnötig, zusätzliche Abrechnungen zu erstellen und zu kontrollieren, was unweigerlich gemacht werden müsste. Die beiden Vereine hätten bewiesen, dass sie eigenständig und verlässlich arbeiten würden. Darum bäten sie, ihnen und der Stadt nicht noch unnötige Bürokratie aufzubürden und somit die CHF 40'000.- als Betriebsbeitrag zu belassen.

**Stadtpräsident Philipp Kutter**, freut sich grundsätzlich, dass die Kulturgarage in diesem Rat anerkannt werde. Er freue sich auch, dass das Projekt nun ins Ziel komme und die Kulturgarage den Betrieb aufnehmen könne. Im Kulturleben von Wädenswil könne ein Kapitel geschlossen und mit einem Neuen begonnen werden. Man wisse es vielleicht noch, das Ortsmuseum die Hohle Eich sei geschlossen worden. Seit dieser Zeit stehe das Thema im Raum, dass die Historische Gesellschaft eine neue Heimat brauche. Inzwischen habe sie auch bewiesen, dass sie attraktive Ausstellungen machen könne und dass es sich lohne, sich mit der Wädenswiler Geschichte auseinanderzusetzen. Dazugekommen sei nun noch das Anliegen des Volkstheaters, das auch heimatlos sei oder mindestens ohne festen Wohnsitz. Diese zwei Themen seien nun in der Kulturgarage aufgegangen. Mit der Kulturgarage habe man zwei Fliegen auf einen Schlag erledigen bzw. erschlagen können.

Somit zum Grundsatz und zu seiner Freude. Sie hätten es vorher vom Stadtrat Finanzen gehört, grosse Möglichkeiten um in etwas Neues zu investieren, habe man zurzeit nicht. Dies sei eine der wenigen Sachen, die möglich seien. Eine Umwandlung sei nicht sinnvoll, da das Instrument einer Defizitgarantie dort richtig sei, wo es darum gehe, ein schwer kalkulierbares Risiko wenigstens teilweise oder ganz abzudecken. Ein klassisches Beispiel sei die Organisation eines Turnfestes. Der Organisator habe ein Budget und rechne mit einer bestimmten Anzahl Personen, die konsumieren würden. Bei einem Sturm werde das Turnfest „verrisen“ oder „verhudelt“. Die zahlenden Gäste würden somit fehlen. In einem solchen Fall brauche es vielleicht eine Defizitgarantie, da mit einem solchen Szenario nicht gerechnet werden könne bzw. schwer zu rechnen wäre. Eine Defizitgarantie eigne sich dort, wo schwer kalkulierbare Risiken abgedeckt werden müssten, die evtl. eintreten würden oder auch nicht. Im Fall der Kulturgarage sei es so - das sei von Beatrice Gmür bereits richtig gesagt worden - dass diese voraussichtlich einen städtischen Beitrag beanspruchen müsse. Die Mietrechnung komme. Dies sei kalkulierbar. Darum wolle der Stadtrat lieber mit einem Beitrag arbeiten. Es sei auch so, falls die Kulturgarage etwas besser wirtschaftete, was ja gut möglich sei, dass sie etwas mehr einnahmen als budgetiert, wäre dies durchaus auch im Sinne des Stadtrats. So könnte die Kulturgarage auch etwas Geld beiseitelegen zum Beispiel für weitere Investitionen wie neue Lampen. Die Befürchtung, dass die Kulturgarage unanständig viel Gewinn mache, teile er ganz und gar nicht. Heutzutage habe man einen Businessplan und laut diesem müsse davon ausgegangen werden, dass nicht wahnsinnig viel für die Kulturgarage heraus schauen werde. Man könne eigentlich froh sein, wenn sie mit dem städtischen Beitrag auskomme und eine schwarze Null schreiben könne. Als Letztes noch ein weiterer Gedanke: Aus seiner Sicht widerspreche die Umwandlung auch dem Geist der Eigeninitiative, der gefördert werden solle. Sie sollten sich einmal vorstellen: Die Kulturgarage strenge sich an um eine gute Betriebsnutzung zu erreichen, aber für jeden Franken, der über Drittnutzer hereingebracht werde, gebe die Stadt etwas weniger Defizitgarantie. Das solle man nicht tun. Der Verein solle nicht an den Tropf der Stadt gehängt werden sondern, man solle schauen, dass die Kulturgarage selber wirtschaften könne und vielleicht sogar, wenn sie gut arbeite, etwas auf die Seite legen könne. Er bitte den Rat, den Betriebsbeitrag nicht in eine Defizitgarantie umzuwandeln. Der Stadtrat könnte aber auch mit diesem Antrag funktionieren.

**Ernst Grand, FDP**, sagt, dass er froh sei, dass sich Beatrice Gmür Sorgen um die Zahlung der Mieten mache. Als ehemaliger Präsident des Spitex Vereins Wädenswil könne er allerdings sagen, dass die Stadt immer sehr flexibel gewesen sei bei Zahlungen von Zuwendungen und notwendigen Vorschüssen wie es auch bei der Spitex üblich gewesen sei. Mit der

Stadt könne je nach Notwendigkeit monatliche -, quartalsweise- oder halbjahresmässige Zahlungsintervalle vereinbart werden. Er gehe deshalb nicht davon aus, dass damit ein Risiko eingegangen werde. Aus diesem Grund eine Namensänderung des Kontos abzulehnen sei daher völlig unbegründet.

**Simon Kägi, GP**, erklärt, dass heute ganz viele Streichungsanträge und zusätzliche Anträge für Leistungen behandelt würden, die die Verwaltung bereits früher beschlossen habe. Spezifisch von der SVP, BFPW, FDP, GLP und CVP vermisse er eine Begründung im Rat, wieso solche Streichungen gemacht würden. Von Ernst Grand sei zu hören gewesen, dass es kein Problem sei. Ihm sei es leid, von den bürgerlichen Parteien nicht zu hören, wieso man zwei aktiven Vereinen in Wädenswil mit vielen Mitgliedern Geld streichen wolle. Dies vermisse er. Er wisse, die rechte Seite habe die Mehrheit und diese würde vermutlich den ganzen Abend gewinnen, er werde verlieren (für Wädenswil verlieren). Er wolle, dass zu den einzelnen Punkten Stellung genommen werde, die gestrichen werden sollen. Er fände es deprimierend, den ganzen Abend lang jeden Budgetposten zu verteidigen und gut zu reden. Er finde es unausgeglichen und feige, dass die Gründe für die Kürzungen und Streichungen nicht diskutiert würden. Sie wüssten nämlich nichts, da die GRPK-Protokolle nicht öffentlich seien. Hier im Rat herrsche das grosse Schweigen. Und trotzdem würden die Budgetposten gestrichen.

**Präsidentin der GRPK, Christina Zurfluh Fraefel, SVP**, entgegnet Simon Kägi, dass sie eine Vertretung in der GRPK hätten. In der GRPK sei alles diskutiert worden. Die Mitglieder wüssten was die Gründe seien. Im Sinne einer Effizienzsteigerung werde darauf verzichtet, alles nochmals darzulegen.

**Simon Kägi, GP**, sagt, dass heute viele Gäste anwesend seien. Was in der GRPK besprochen werde, werde nicht öffentlich gemacht. Die Protokolle seien zwar für die Gemeinderäte zugänglich, für andere aber nicht. Er kenne die Gründe. Er wolle öffentlich hören wie sie zu den Streichungsanträgen gekommen seien. Das vermisse er und das bezeichne er als feige. Es gehe ihm nicht darum, dass sie nicht informiert seien.

**Mitglied der GRPK, Jonas Rickli, GLP**, teilt mit, dass man bereits mitten in der Diskussion von gewissen Streichungsanträgen sei, die gemacht werden könnten und wo man eventuell ein paar Franken sparen könnte. In den Sitzungen, die vorgängig stattgefunden hätten, sei sehr viel darüber diskutiert worden. Jeder Franken sei gekehrt worden und man habe geschaut, wo man noch sparen könne. Das Problem sei Folgendes: Der Nettoertrag der Stadt Wädenswil sei im Budget 2016 zwei Millionen höher als im 2014. Es kämen also CHF 2 Mio. mehr herein. Trotzdem habe man am Schluss ein höheres Defizit. Das sei die Ausgangslage. Sie seien dank des Finanzausgleichs in einer guten Situation. Die Kuh gebe viel Milch. Sie gebe mehr Milch als noch vor zwei Jahren. Aber das Defizit steige und steige. Darum müsse geschaut werden, wo noch irgendetwas gespart werden könnte um das Maximum herauszuholen. Er denke, ein guter Teil der Ratsmitglieder, die daran gearbeitet hätten, sähen zwar einen gewissen Willen des Stadtrats, dass einiges gemacht worden sei. Dafür wollten sie sich beim Stadtrat auch bedanken. Aber die Kuh sei noch nicht ausgepresst. Es sei noch sehr viel Luft drin. Das sei das Problem, dass ein so grosses Defizit vorhanden sei. Man habe mehr Nettoertrag aber trotzdem habe man ein Defizit.

**Adrian Stucki, GP**, will Jonas Rickli noch Folgendes sagen: Als man im Rat jahrelang mit den Steuern heruntergegangen sei, habe er von keinem einzigen Linken, Mittleren oder was auch immer Ratsmitglied gehört, dass der Kulturgarage CHF 40'000.- mehr gegeben werden solle. Niemand habe gesagt, jetzt habe man gute Zeiten und das Geld könne ausgegeben werden. In den wirklich guten Zeiten mit dem Finanzausgleich habe man immer die Steuern gesenkt, aber den Vereinen - die in Wädenswil das Leben ausmachten, wie zum Beispiel die Eisbahn, die Kulturgarage, die Freizeitanlage oder die Tambouren - sei nicht mehr Geld gegeben worden. Jetzt passiere jedoch genau das Gegenteil. Jetzt werde diesen das Geld entzogen. Das finde er nicht in Ordnung.

**Stadtpräsident Philipp Kutter**, erwähnt, dass hier nichts entzogen werde. Ein Betriebsbeitrag werde einfach in eine Defizitgarantie umgewandelt. Für die Leute, die sich nicht so intensiv mit dem Budget auseinandergesetzt hätten und als Gäste hier anwesend seien, wäre es schon gut, wenn sie hören könnten, wie der Antrag laute und wie sich die Parteien dazu stellten. Um es nochmals auf den Punkt zu bringen. Der Stadtrat finde es in Ordnung, wenn der städtische Finanzhaushalt verbessert werde und die Leistungen überprüft würden. Aber diesen Betrag müsse die Kulturgarage haben, ob er nun als Betriebsbeitrag oder als Defizitbeitrag bezeichnet werde. Wenn es dann tatsächlich zutrefte, dass die Kulturgarage CHF 2'000.- Gewinn mache und die Stadt nur CHF 38'000.- anstelle von CHF 40'000.- bezahlen müsse, wäre es ihm im Sinne der Eigenständigkeit des Trägervereins lieber, wenn er die CHF 2'000.- auf die Seite legen könnte.

#### **Abstimmung über den Antrag mit Stimmzähler**

**Nachlass Ortsmuseum / Kulturgarage, Konto 162.3650.01, Betriebsbeitrag Kulturgarage**

**Eine Mehrheit der GRPK beantragt: „Der Aufwand des Kontos 162.3650.01 (Betriebsbeitrag Kulturgarage) von CHF 40'000.- ist neu als Defizitgarantie anstelle von Betriebsbeitrag zu bezeichnen.“**

Der Rat stimmt dem Antrag der GRPK mit 21:12 Stimmen bei zwei Enthaltungen zu.

**Entwicklungs- und Katastrophenhilfe, Konto 163.3670.00, Entwicklungs- und Katastrophenhilfe**

**Eine Mehrheit der GRPK beantragt: „Der Aufwand des Kontos 163.370.00 (Entwicklungs- und Katastrophenhilfe) ist um CHF 40'000.- von CHF 90'000.- auf neu CHF 50'000. zu reduzieren.**

**Eine Minderheit der GRPK beantragt, das Konto 163.3670.00 Entwicklungs- und Katastrophenhilfe um CHF 10'000.- auf CHF 100'000.- für Aufbauarbeiten im Ausland zu erhöhen.**

**Präsidentin der GRPK, Christina Zurfluh Fraefel, SVP**, sagt, dass es sich hier um eine nationale und keine kommunale Aufgabe handle. Dies sei der Hauptgrund des Kürzungsantrags.

**Stadtpräsident Philipp Kutter**, nimmt gleichzeitig zu beiden Anträgen Stellung. Der Stadtrat mache den Gemeinderäten beliebt, den Betrag so zu belassen wie er sei. Er sei der Meinung, dass es in der heutigen Zeit mit den Flüchtlingsströmen richtig sei, vor Ort zu helfen. Dies sei einer der wenigen Bereiche, bei dem sich die Linke, die Mitte und die Rechte einig seien, es sei besser, vor Ort Geld zu investieren, als dass die Leute hierher kämen. Mit den CHF 90'000.- leiste die Stadt Wädenswil einen kleinen Beitrag, das stimme. Es seien keine grossen Projekte, aber immerhin könne immer wieder einmal ein Projekt unterstützt werden. Es seien immer wieder Leute aus Wädenswil oder der Region, die sich in der Entwicklungshilfe bzw. Entwicklungszusammenarbeit engagieren würden. Das gute an diesem Modell sei, dass sie dadurch eine Garantenstellung hätten und nicht in einen anonymen Topf Geld einzahlen müssten. Sie hätten Ansprechpartner, die persönlich berichten würden, was mit dem gespendeten Geld passiere. Das sei eine Verfahrensweise, die sich sehr bewähre. Es gebe immer mehr Gesuche, als berücksichtigt werden könnten. Das sei aber nicht nur in diesem Bereich so. Er bitte das Parlament - gerade in dieser Zeit - die Kürzung nicht vorzunehmen. Das wäre aus seiner Sicht ein falsches Zeichen.

Zur Erhöhung müsse er sagen, dass dieser Antrag so nicht möglich sei. Die Stimmberechtigten von Wädenswil hätten im Jahr 1998 an der Urne den Beitrag für Entwicklungs- und Katastrophenhilfe bei maximal CHF 90'000.- festgelegt. Dieser Beschluss müsste durch das gleiche Organ wieder geändert werden.

**Oliver Küng, FDP**, erklärt, dass es so töne, als ob es bei diesem Konto nur um die Flüchtlingshilfe gehe. Im letzten Geschäftsbericht habe er gelesen, dass CHF 40'000.- für Inland- und CHF 50'000.- für Auslandprojekte geleistet worden seien. Bei der Kürzung auf neu CHF 50'000.- müsste es dem Stadtrat überlassen werden, was er mehr gewichte. Wenn das Volk CHF 90'000.- gesprochen habe, könne man das in guten Jahren so belassen und in einer defizitären Lage wären es dann CHF 50'000.-. Unbestritten sei die Katastrophen- und Entwicklungshilfe wichtig. Eine Unterstützung im Inland sei ebenfalls wichtig. Im Inland könne noch kritischer begutachtet werden, da mit den Finanzausgleichsströmen die nationalen und kantonalen Lasten und Ressourcen ausgeglichen würden. Wenn über die Gemeindegrenze hinausgeschaut werde, sehe man, dass die finanz- und steuerkräftige Gemeinde Thalwil für die Katastrophen- und Entwicklungshilfe CHF 70'000.- geplant habe, ebenfalls die steuer- und finanzkräftige Gemeinde Horgen budgetiere CHF 50'000.- und Richterswil habe sage und schreibe null Franken im Budget. Wie gesagt worden sei, handle es sich bei der Entwicklungs- und Katastrophenhilfe um eine Bundesaufgabe; Kantone und Gemeinden würden sich freiwillig beteiligen. Es sei wichtig. Aber CHF 50'000.- seien in einem Jahr, in dem ein Defizit geschrieben werde, genug Geld.

**Simon Kägi, GP**, sagt, dass er ungefähr CHF 4'690.- Steuern in Wädenswil bezahle. Mit diesem Geld alleine könne er ein paar Stunden DaZ bezahlen und vielleicht einen Quadratmeter Strasse sanieren. Das sei sehr wenig. Eigentlich könne er auch sagen, er verzichte darauf und bezahle nichts. CHF 4'690.- seien im Grossen und Ganzen wenig. Genau das

bringe nun die SVP als Argument, nämlich der Bund müsse bezahlen. Es komme nicht darauf an ob CHF 40'000.- oder CHF 50'000.-. Genau so sei es auch weltweit. Wenn die Stadt Wädenswil nur noch CHF 40'000.- / CHF 50'000.- bezahle und das alle machen würden, fliesse gar kein Geld mehr. Wenn er seine Steuern in der Höhe von CHF 4'690.- in Wädenswil nicht bezahlen würde, wäre es eigentlich fast egal. Aber wenn alle die CHF 4'690.- mehr oder weniger nicht bezahlen würden, mache es trotzdem etwas aus. Er glaube es sei ein schwaches Argument, einfach zu sagen, die Verantwortung liege beim Bund und dieser solle schauen. Insgesamt gehe diese Überlegung nicht auf, besonders in der Entwicklungs- und Katastrophenhilfe.

**Mitglied der GRPK, Walter Münch, FDP**, sagt, er wisse nicht wie es Simon Kägi gehe, aber er nehme an, er bezahle Kantons- und Bundessteuern. Diese würden sie hier im Rat auch bezahlen. Es seien daher nicht die anderen. Vielleicht müsse man die Gelegenheit einmal wahrnehmen, um all diesen Leuten Danke zu sagen, die gut verdienen und in Wädenswil Steuern bezahlen würden.

**Mitglied der GRPK, Jonas Rickli, GLP**, findet, diese Institutionen in der heutigen Zeit zu unterstützen und Geld zu spenden, sei notwendig. Diese würden das Geld und die Unterstützung benötigen. Die Schweizer seien ein spendenfreudiges Volk und das solle auch so bleiben und weiter gefördert werden mit verschiedensten Institutionen. Aber es sei völlig falsch, wenn die Stadt Wädenswil, die selber am Tropf hänge, Geld verteile. Wädenswil verteile freiwillig Beträge, aber es sei völlig falsch, wie Christina Zurfluh Fraefel bereits gesagt habe, wenn Wädenswil das im grossen Stil mache. Es gebe andere Wege, die richtig seien. Es sei nicht so, dass sie die Entwicklungshilfe nicht fördern wollten, es stelle sich jedoch die Frage, wer es umsetze.

**Mitglied der GRPK, Christine Merseburger, EVP**, sagt, dass es richtig sei, dass es kleine Beträge seien und es stimme, dass das Geld von einem Topf in den anderen gelegt werde. Aber wie es Jonas Rickli richtig gesagt habe, sei es notwendig, dass etwas getan werde. Es sei doch einfach so, wenn eine Gemeinde bzw. die Stadt keine Entwicklungshilfe mehr leiste bzw. das Geld dafür streiche, streiche es jeder einzelne Bürger auch. Die Stadt habe hier in dem Sinne auch eine Vorbildfunktion. Wenn die Stadt es richtig finde, dass im Ausland Geld für die Entwicklungs- und Katastrophenhilfe gesprochen werde, solle der Stadtrat das tun, damit die Vorbildfunktion gegeben sei und die Bürgerinnen und Bürger sähen, dass es wichtig sei. Man könne es nicht einfach streichen und sagen, der andere mache es dann schon. Den anderen gebe es nicht.

**Mitglied der GRPK, Christian Gross, SP**, erklärt, dass man im letzten halben Jahr immer wieder gehört habe, dass vor Ort geholfen werden müsse, auch von Seiten der SVP. Dies sei wichtig und es sei eines von wenigen Malen, dass er ein Votum der SVP voll mittragen könne. Im Ausland könne das Geld enorm effizient eingesetzt werden. Ein Schweizer Franken könne vor Ort extrem viel bewirken. Ein Beispiel, das immer wieder gebracht werde, sei das Moskitonetz. Dieses koste in der Herstellung etwa CHF 1.- und könne die Menschen vor Malaria schützen. Sie sollten sich menschlich zeigen, anstelle das Geld zu zählen. Es sei feige zu sagen, bei der Katastrophen- und Entwicklungshilfe handle es sich um eine nationale Aufgabe und Privatpersonen spenden sollen. Wenn auf den anderen gewartet werde, passiere nie etwas.

**Mitglied der GRPK, Volkan Dogu, CVP**, führt aus, dass es momentan wichtig sei, im Ausland zu helfen. Er müsse aber Oliver Küng auch Recht geben. CHF 50'000.- seien für das Ausland und CHF 40'000.- für das Inland ausgegeben worden. Die CHF 50'000.- lasse man so. Es gehe um CHF 40'000.- die gestrichen werden sollen.

**Adrian Stucki, GP**, teilt mit, dass er sich bereits gefreut habe, als Jonas Rickli gesagt habe, dass es eine gute Sache sei. Da habe er gedacht super, sie hätten die Grünliberalen und die CVP im Sack. Die CVP habe ein „C“ für „christlich“ in ihrem Namen und könne gar nicht nein sagen. Es wäre der erste Antrag, der durchgebracht werden könnte. Eigentlich habe er dazu nichts mehr sagen wollen. Aber er frage sich, was das mit National, Ausland oder Schweiz zu tun habe. Es sei doch egal, Hauptsache es werde geholfen. Dass zwischen Ausland und der Schweiz unterschieden werde, halte er für kein gutes Statement.

#### **Abstimmung über den Antrag mit Stimmzähler**

**Entwicklungs- und Katastrophenhilfe, Konto 163.3670.00, Entwicklungs- und Katastrophenhilfe**

**Eine Mehrheit der GRPK beantragt: „Der Aufwand des Kontos 163.370.00 (Entwicklungs- und Katastrophenhilfe) ist um CHF 40'000.- von CHF 90'000.- auf neu CHF 50'000.- zu reduzieren.**

Der Rat stimmt dem Antrag der GRPK mit 22:12 Stimmen bei einer Enthaltung zu.

**Entwicklungs- und Katastrophenhilfe, Konto 163.3670.00, Entwicklungs- und Katastrophenhilfe**

**Eine Minderheit der GRPK beantragt, das Konto 163.3670.00 Entwicklungs- und Katastrophenhilfe um CHF 10'000.- auf CHF100'000.- für Aufbauarbeit im Ausland zu erhöhen.**

**Gemeinderatspräsident Erich Schärer** führt aus, dass Stadtratspräsident Philipp Kutter bereits gesagt habe, dieser Antrag sei nicht möglich. Die Stimmberechtigten von Wädenswil hätten 1998 an der Urne den Beitrag für Entwicklungs- und Katastrophenhilfe bei maximal CHF 90'000.- festgelegt. Dieser Beschluss müsste durch das gleiche Organ geändert werden.

**Finanzen und Immobilien** (Seite 27 bis 34) Globalbudget Finanzen: Immobilien S. 128 und 129

**Mitglied der GRPK, Jonas Rickli, GLP**, teilt mit, dass Christoph Lehmann und er am 30. Oktober 2015 die Abteilung Finanzen besucht hätten. Sie hätten alle Zahlen präsentiert bekommen und alle Fragen seien ihnen gut beantwortet worden. Er wolle der ganzen Abteilung herzlich danken, speziell den Personen, die an der Sitzung dabei gewesen seien, nämlich Peter Schuppli, Ralph Ruoss und Tatjana Horvath. Die Finanzabteilung sei eigentlich die Kuh. Er habe es auch schon gesagt, dass die Finanzabteilung einen Nettoertrag im nächsten Jahr von über CHF 67 Mio. budgetiere. Dies seien CHF 2 Mio. mehr als in der Rechnung 2014. Das sei eigentlich sehr erfreulich. Auf der anderen Seite müsse gesagt werden, dass das Plus entstanden sei, weil man vor allem durch den Finanzausgleich Mehreinnahmen habe. Dieser sei im 2016 wieder ziemlich gut. Die Stadt erhalte ungefähr CHF 7 Mio. Im 2015 habe die Stadt praktisch nichts erhalten. Die Stadt Wädenswil bekomme CHF 7 Mio., weil die Steuerkraft 2014 in Wädenswil bei CHF 2'979.- lag, während sie beim Kanton bei CHF 3'300.- pro Einwohner sei. Also rund CHF 400.- weniger als durchschnittlich im Kanton. Ein Jahr vorher sei er noch bei CHF 3'300.- gelegen. Die Steuerkraft in Wädenswil sei rückläufig. Er denke, dass man sich hier Gedanken machen müsse, wenn es um die Steuerfussdebatte gehe usw. Es sei schon wichtig, welche Steuerzahler in Wädenswil gehalten werden können und welche evtl. abwandern würden. Es spiele mit, dass ein finanzkräftiger Industriebetrieb weggezogen sei. Aber trotzdem glaube er, dass die Steuerzahler gepflegt werden müssten. In der Abteilung Finanzen komme vor allem Geld hinein. Es gebe nur einen grossen Ort, bei welchem Geld hinausgehe, und zwar bei der Investitionsrechnung. Letztenendes seien das die Abschreibungen. Im 2016 werde bei den Abschreibungen ein Mehraufwand von CHF 2.1 Mio. budgetiert. Die Abschreibungen würden von CHF 8 Mio. auf CHF 10 Mio. steigen, da das Verwaltungsvermögen nun auf über CHF 100 Mio. ansteige. Vor nicht zu langer Zeit sei man noch bei CHF 80 Mio. gewesen. Das seien Ausgaben, die sie hier im Rat mit Investitionen beschlossen hätten. Da könne die Finanzabteilung nichts dafür. Er wolle einfach sagen, die Ausgaben seien so gross, weil die Investitionen immer weiter steigen würden. Man sei nun bei gut CHF 100 Mio. Jedes Jahr würden Abschreibungen von 10% bei den Liegenschaften gemacht. Dies werde so vorgegeben und daran müsse nicht geschraubt oder darüber abgestimmt werden. Es bestehe aber die Befürchtung, dass das noch weiter steige. Er appelliere an alle im Rat, sich bei künftigen Investitionen gut zu überlegen, ob diese wirklich gebraucht würden bzw. notwendig seien. Wie hoch müssten die Investitionen wirklich sein oder ginge es auch etwas günstiger. Die Hauptrisiken und Hauptgefahren seien, falls die Investitionen weiter ansteigen würden - man höre Zahlen bis CHF 150 Mio. in den nächsten fünf Jahren - dass die Abschreibungen automatisch zunehmen. Er appelliere an alle, dass in Zukunft sehr sorgsam damit umgegangen werde, wenn im nächsten und übernächsten Jahr über Investitionen geredet werde. Er denke, dass in der Finanzabteilung an der heutigen Budgetsitzung von ihm aus gesehen nicht viel zu beschliesen sei. Er wolle sich nochmals bedanken bei denen, die die grosse Arbeit erledigt hätten.

**Stadtrat Finanzen Peter Schuppli**, präzisiert, dass es richtig sei, dass Wädenswil einen Finanzausgleich von CHF 7 Mio. erhalte. Davon müssten 1.3 Mio. der Oberstufe abgeliefert

werden. Demzufolge ständen noch CHF 5.7 Mio. zur Verfügung. Im 2015 habe man so zu sagen nichts und im 2014 CHF 6.5 Mio. Finanzausgleich erhalten.

\*\*\*

**Gemeinderatspräsident Erich Schärer** schlägt vor, eine Doppelsitzung abzuhalten, damit das Budget weiterbehandelt werden könne. Da niemand einen Antrag gegen die Doppelsitzung stellt, ist die Doppelsitzung beschlossen.

\*\*\*

### **Verabschiedung von Oliver Küng, FDP, aus dem Gemeinderat**

**Gemeinderatspräsident Erich Schärer**, führt aus, dass Oliver Küng 2014 in den Gemeinderat gewählt worden sei. Oliver Küng sei Mitglied im Büro Gemeinderat als Stimmzähler. Zudem sei er Mitglied im Zweckverband Seewasserwerk. Als ehemaliger Lehrling bei der Stadtverwaltung habe er gedacht, dass er auch einmal hier auf dem Bock sässe, wie er selber auch. Oliver Küng ziehe nach Horgen. Evtl. könne künftig davon gelesen werden, dass er in Horgen politisch tätig werde. Er danke ihm für die kurze aber gute Arbeit und wünsche ihm alles Gute.

**Oliver Küng, FDP**, fügt hinzu, er sei nur kurz im Rat gewesen. Er danke für die Zusammenarbeit und die meistens konstruktiven Gespräche. Er werde immer mit einem Auge nach Wädenswil schauen. Hier seien seine Wurzeln.

### **Verabschiedung von Adrian Stucki, GP, aus dem Gemeinderat**

**Gemeinderatspräsident Erich Schärer**, sagt, dass Adrian Stucki 2010 gewählt worden sei. Zuerst sei er vier Jahre Mitglied der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewesen. Man habe es heute Abend gehört, dass er immer noch ganz nahe dabei sei. Seit 2014 sei er Mitglied der Sachkommission und seit 2015 Ersatzdelegierter im Zweckverband Zivilschutz Zimmerberg, vermutlich aber noch nicht zum Einsatz gekommen. Adrian Stucki sei jeweils durch sehr pointierte Aussagen und originelle Vergleiche aufgefallen. Das höre man heute Abend wieder. Ihm selber habe das immer sehr gut gefallen. Adrian Stucki sei immer sehr sachlich geblieben. Er wünsche Adrian Stucki alles Gute. Wahrscheinlich werde er wieder vermehrt Sport machen, noch mehr als jetzt. Die Bauern, die heute im Saal anwesend seien - er sehe mindestens den Meisterbauer - hätten sicherlich Freude, dass so viele Kühe heute Abend vorkämen. Es sei fast das Hauptthema.

**Adrian Stucki, GP**, meint, als Berner sei es umso schöner, ein Wädenswiler Wappen in der Hand zu halten. Er gehe mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Als es an der letzten Sachkommissionsitzung ziemlich lebendig und emotional zu und her gegangen sei, habe er bei sich gedacht, es sei schon schade, dass er aufhöre. Auch heute Abend, wo es so richtig zu und her gehe, sei es spannend. Es gebe auch andere Sitzungen bei denen bereits im Voraus alles bekannt sei. Diese seien dann etwas langweiliger. Er werde seine Zeit

gut einsetzen können für die Familie und die Marathonzeit werde hoffentlich etwas besser. Er danke für die Unterstützung.

### **Verabschiedung von Jürg Wuhrmann, SVP, aus dem Gemeinderat**

**Gemeinderatspräsident Erich Schärer** teilt mit, dass Jürg Wuhrmann 2006 in den Gemeinderat gewählt worden sei. Er habe noch einen längeren Palmarès als Adrian Stucki. Von 2006 bis 2010 sei er Mitglied der Raumplanungskommission gewesen. Von 2006 bis 2009 Ersatzmitglied im Zweckverband Seewasserwerk und von 2009 bis 2010 Mitglied im Zweckverband Seewasserwerk. Langsam sei er dann die Karriereleiter hinaufgestiegen. Im 2010 bis 2011 sei er 2. Vizepräsident gewesen. Im 2011 bis 2012 1. Vizepräsident und im 2012 bis 2013 habe er den Rat hier präsiert. Seit 2013 sei er Mitglied der Bürgerrechtskommission. Ihm sei in Erinnerung geblieben, dass Jürg Wuhrmann im 2012/2013 den Rat sehr effizient geleitet habe. Es habe alles wunderbar geklappt. Auch in der Fraktion habe er gute Arbeit geleistet. Dafür danke er ihm.

**Jürg Wuhrmann, SVP**, sagt, dass die fast 10 Jahre im Rat eine sehr intensive, spannende und interessante Zeit gewesen sei; auch mit der Kommissionsarbeit. Der Höhepunkt sei das Präsidium im Gemeinderat von März 2012 bis März 2013 gewesen. Er habe immer geschätzt, dass man im Rat auf persönlicher Ebene gut zusammenarbeiten konnte auch wenn in der Sache immer hart „gefigtet“ worden sei, wie man es auch heute Abend sehe. Er danke auch seiner Fraktion für die sehr gute und kollegiale Zusammenarbeit. Ab 1. Januar überlasse er das Feld einem Nachfolger und wünsche ihnen im Rat alles Gute.

\*\*\*5 Minuten Pause\*\*\*

**Planen und Bauen** (Seite 35 bis 46) Globalbudgets Planen und Bauen: Vermessung und GIS S. 130; Strassenwesen inkl. Belagsarbeiten S. 131; Abwasseranlagen S. 132; Öffentlicher Verkehr S. 133; Grünanlagen S. 134; Friedhofbetrieb S.135

**Mitglied der GRPK, Walter Münch, FDP**, führt aus, dass Rita Hug und er zusammen die Abteilung Planen und Bauen besucht hätten. Bei dieser Gelegenheit wollten sie sich bei Heini Hauser und Rita Newnam für die Zeit und die ausführliche und kompetente Beantwortung der Fragen bedanken.

Der für das Jahr 2016 budgetierte Nettoaufwand bewege sich etwa auf dem Niveau des Vorjahrs. Die Hauptgründe für die Aufwandsteigerung von CHF 0.3 Mio. seien primär die höheren Abgaben an den ZVV für die zusätzlichen Bahnverbindungen der S25 (auch bekannt unter dem Namen „Glarner Sprinter“) und die neue Buslinie 129 (Erschliessung des ZHAW Campus Reidbach) von rund CHF 0.2 Mio. Die wichtigsten öffentlichen Planungs- und Bauvorhaben im 2016 seien neben dem kommunalen Richtplan und der Teilrevision der Bau- und Zonenordnung für das MEWA-Areal die Gestaltungspläne und Arealentwicklungen für die Werkstadt Zürichsee und den Gerbeplatz. Die Gestaltungspläne für den AuPark und das Areal Coop-Poststrasse seien wichtige private Planungsvorhaben. Mit Spannung werde auf den Entscheid vom Kanton zum Standort einer Mittelschule am linken Seeufer gewartet.

Man hoffe, dass diese nach Wädenswil komme. Der Entscheid werde im Sommer 2016 erwartet. Die Abteilung Planen und Bauen habe sich vorgenommen, die Überprüfung der Baugebührenordnung neu zu überprüfen. Diese solle per Mitte 2016 abgeschlossen sein. Neu sollen Aufwendungen für Planungsgeschäfte, z.B. private Gestaltungspläne oder aufwendige Beratungen, aufwandgerecht weiterverrechnet werden. Die neue Gebührenordnung solle spätestens auf Januar 2017 eingeführt werden. Dem aufmerksamen Leser erscheine der relativ hohe Betrag von CHF 92'000.- für die Denkmalpflege als hoch. In diesem Betrag seien Beiträge von rund CHF 70'000.- enthalten, die im 2014 und 2015 bewilligt worden seien, aber erst im 2016 ausbezahlt würden. Bei den Abwasseranlagen sei es so, dass die Mengengebühr von CHF 1.20 nicht mehr kostendeckend sei. Der Kostendeckungsgrad sei von 100% auf rund 80% zurückgegangen. Zudem müsse neu pro Einwohner eine Abwasserabgabe von CHF 9.- an den Bund geleistet werden. Dieser Betrag werde eingesetzt für die Elimination von Mikroverunreinigungen. Durch eine Entnahme aus dem Spezialfinanzierungsguthaben von CHF 0.95 Mio. könne auf eine Gebührenerhöhung verzichtet werden. Das Spezialfinanzierungsguthaben werde per Ende 2016 CHF 5.8 Mio. betragen. Noch zu erwähnen sei - es betreffe auch andere Abteilungen mit Spezialfinanzierungskonti - dass die Spezialfinanzierungskonti neu zu 0.125% statt wie bisher mit 2% verzinst würden, also zu marktüblichen Konditionen.

## **Globalkredit Strassenwesen 402**

**Eine Mehrheit der GRPK beantragt: "Der Nettoglobalkredit Strassenwesen ist auf CHF 2'500'000.- festzulegen."**

**Stadtrat Planen und Bauen Heini Hauser**, sagt zum beantragten Antrag der GRPK gerne etwas. Er habe gehofft, dass er zu diesem Antrag eine Begründung der GRPK höre. Die GRPK beantrage den Nettoglobalkredit um rund CHF 90'000.- auf CHF 2.5 Mio. zu kürzen. Das sei grundsätzlich der richtige Weg, um Einfluss auf die Finanzen zu nehmen in der Art und Weise wie die Stadt aufgebaut sei. Es sei auch das Recht der GRPK. Sie würden denken - er nehme hier nicht den Vergleich mit der Milchkuh, sondern eher mit einem Braui-Ross - das Bauamt sei ein gesundes Ross und habe viel Futter. Da könne man noch kürzen und dass Ross arbeite trotzdem weiter. Man könne dem Ross aber nicht das Trinkwasser wegnehmen, auch dürfe man ihm nicht allzu viel vom Hafer wegnehmen, sonst arbeite es auch nicht mehr ganz so viel. Er erinnere daran, dass der Nettoglobalkredit gekürzt werden solle, ohne jedoch gleichzeitig die Ziele und Indikatoren dem neuen Budget anzupassen. Das bedeute, dass sie gleiche Leistungen bei kleinerem Aufwand wollten. Also weniger Futter bzw. weniger Hafer. Dies sei sicher möglich. Deswegen sterbe das Ross nicht gerade. Die Mitarbeiter im Werkhof seien fleissig und würden produktiv arbeiten. Das täten sie bereits heute ohne die Kürzung. Sie würden die Aufgaben erfüllen, die ihnen gemäss Auftrag auf der Seite 131 im blauen Buch gestellt werden. Diese würden gut erfüllt. Es gebe jedoch noch viele andere Aufgaben, die das Bauamt leiste, die nicht innerhalb dieses Auftrags seien. Dabei handle es sich um Aufgaben, die mehr oder weniger freiwillig und grösstenteils gratis zulasten des Nettoglobalkredit Strassenwesen geleistet würden. Er nenne ein paar Beispiele:

- Im Rahmen der Chilbi gebe es viel zu tun mit Abschränkungen heran- und wieder wegzuführen, Stände aufzustellen, wegzuführen und einzulagern, Reinigungsarbeiten etc.
- Bei Festivitäten wie dem Turnfest, das stattgefunden habe oder dem Schwingfest, das dieses Jahr durchgeführt worden sei oder vielleicht bei den Tambouren Wettspielen des Ostschweizer Tambourenverbands vom 25. Juni 2017 sei das Bauamt angefragt worden, ob es mithelfe.
- Auch nach der Fasnacht gebe es meistens viel zu tun für den Reinigungsdienst.
- Selbstverständlich helfe das Bauamt auch gerne bei der GEWA mit. Hier gebe es immer Arbeit.
- Oder beim Montieren des Fahnenhimmels im Sommer, den man auf der Zugerstrasse sehen könne.
- Oder anlässlich der Viehprämierung.
- Vielleicht hätten sie auch die Wahlplakate ihrer Parteien gesehen. Diese würden jeweils bei kommunalen, kantonalen und eidgenössischen Wahlen vom Bauamt geklebt und parteineutral an verschiedenen Orten in der Stadt aufgestellt und sogar nach Möglichkeit nach Vandalenakten wieder ersetzt.

Er wolle den Antrag nicht ins Lächerliche ziehen, aber sie sollten sich bewusst sein, dass - bei Annahme dieses Antrags - vielleicht in Zukunft beim einen oder anderen Veranstalter oder Verein eine Rechnung ins Haus flattere für Leistungen des Bauamts. Noch etwas Kleines: Der Nettoglobalkredit Strassenwesen beinhalte auch den Winterdienst. Der Aufwand für den Winterdienst habe in den letzten 13 Jahren geschwankt. Die Winter seien nicht mehr gleich hart, allgemein eher nicht mehr so hart wie früher als er noch ein kleiner Bub gewesen sei. Der Aufwand pro Winter schwanke zwischen CHF 100'000.- und CHF 375'000.-. Dieser Aufwand sei nicht voraussehbar und könne zu grossen Budgetabweichungen führen. In den letzten 13 Jahren habe man 9 Mal für den Winterdienst bis zu CHF 200'000.- mehr ausgeben müssen, als budgetiert worden sei. Trotzdem habe der Nettoglobalkredit dieser Abteilung im Bereich Strassenwesen immer - ausser in zwei Jahren - innerhalb des Kredits, den das Parlament gewährt habe, abgeschlossen werden können. Dies bedeute, dass in den anderen Bereichen mit dem vorhandenen Geld noch haushälterisch umgegangen worden sei. Er wolle dem Rat ans Herz legen, dass es einfach sei zu kürzen, aber man nehme den Mitarbeitenden im Bauamt viel Motivation weg, wenn all zu hart gekürzt werde.

**Mitglied der GRPK, Walter Münch, FDP**, nimmt Stellung zum Kürzungsantrag. Es gehe um rund CHF 89'000.- oder 3.4%. Er wolle den Mitarbeitenden der Abteilung Planen und Bauen und allen anderen in der Stadtverwaltung danken für die guten Strassen und die regelmässige Reinigung. Dies werde sehr geschätzt. Nochmals einen herzlichen Dank an alle, die täglich, nachts und auch am Wochenende arbeiten würden. Sie wüssten, dass es strenge Winter gebe. Das könne nicht beeinflusst werden. Darum sei es verständlich, dass es beim Aufwand grosse Schwankungen gebe. Trotzdem sei ihnen aufgefallen, dass insbesondere beim baulichen Unterhalt der Strassen der Aufwand um 12% gestiegen sei. Sie seien der Meinung, dass die Strassen und Plätze in Wädenswil gut unterhalten seien. Vielleicht müsste nicht mehr alles so perfekt gemacht und für gut genug belassen werden.

**Stadtrat Planen und Bauen Heini Hauser** sagt noch kurz etwas zum Strassenwesen. Er habe das nicht anschneiden wollen. Man könne jetzt sagen, dass dies ein grosser Betrag

sei, der in Wädenswil für den Unterhalt der Strassen aufgewendet werde. Wädenswil habe 100 Kilometer Strassen und rund 35 Kilometer Fussweg und Trottoir. Diese Fläche habe einen Wiederstellungswert von 216 Millionen, wenn alles neu gebaut werden müsste. Wenn man im Buch lese, dass eigentlich 3% für den Unterhalt aufgewendet werden müssten (Wiederbeschaffungswert), könnten sie nun selber die Rechnung machen. Bei den Indikatoren habe man in Wädenswil einen Wert von 1% bis 1.5% festgelegt. Man könne das wieder rechnen. Dies ergebe rund 3 Millionen, die eigentlich für den Strassenunterhalt aufgewendet werden müssten. Er wolle heute Abend nicht darüber diskutieren, ob dies nun zu viel oder zu wenig sei. Er meine mit den CHF 350'000.- und mit den rund CHF 400'000.- die aus der Laufenden Rechnung zur Verfügung ständen und die mehrheitlich für Reparaturen und die Schadensausbesserung verwendet würden, sei man am unteren Limit um die Strassen zu unterhalten. Er wolle auch nicht sagen, dass man heute schlechte Strassen habe. Aber man habe einen Bericht bzw. ein Dossier - diesen gebe er im Frühling gerne den zuständigen GRPK-Mitgliedern zum Studieren mit - bei dem genau geklärt worden sei, wie viel Geld in Zukunft für die Strassen aufgewendet werden müssten. Das unabhängige Büro - es handle sich um ein fachliches Gutachten und man könne jetzt sagen, dieses wolle sich selber Arbeit zuschaufeln - empfehle Wädenswil jedes Jahr CHF 3.5 Mio. zu investieren. Er gehe nicht so hoch. Er habe dem Stadtrat weniger beantragt. Im Budget sehe man, was drin ist. Man schaue nun, was die Zukunft bringe.

**Simon Kägi, GP**, sagt, dass die Schweiz eine Verfassung auf Bundesebene habe. Christina Zurfluh Fraefel wisse das, darum wisse sie was abdelegiert werden könne. In der Präambel der Schweizer Bundesverfassung heisse es: „... im Bewusstsein der gemeinsamen Errungenschaften und der Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen ...“. Was hier heute Abend gemacht werde heisse, man habe gemeinsame Errungenschaften, man habe gehört, wie viele Immobilien man habe, wie viel das koste, man wolle CHF 216 Mio. für Strassen ausgeben. Aus den gemeinsamen Errungenschaften hätten sie aber auch eine Verantwortung für die künftige Generation. Das was heute Abend gemacht werde, überall etwas kürzen heisse, die Verantwortung gegenüber der künftigen Generation schlichtweg nicht zu tragen. Es werde geschaut, was heute für sie gut sei. Aber was der künftigen Generation, seinen Kindern, unter Umständen ihren Kindern aufgeladen werde, sei eine grosse Bürde. So wolle er eigentlich nicht politisieren, einen Berg von Investitionen und Unterhaltarbeiten einfach vor sich herzuschieben. Genau das aber werde gemacht. Wenn bereits heute zu wenig Geld für den Unterhalt der Strassen und das Leitungsnetz aufgewendet werde, frage er sich wie das herauskomme. Alle, die einen Offroader hätten, würden die Schlaglöcher wahrscheinlich nicht stören. Aber die Grünen würden doch ab und zu bzw. sehr häufig Velo fahren, und da sei es tatsächlich ein Sicherheitsrisiko.

## **Abstimmung über den Antrag mit Stimmzähler**

### **Globalkredit Strassenwesen 402**

**Eine Mehrheit der GRPK beantragt: "Der Nettoglobalkredit Strassenwesen ist auf CHF 2'500'000.- festzulegen."**

Der Rat stimmt dem Antrag der GRPK mit 23:10 Stimmen bei zwei Enthaltungen zu.

**Werke** (Seite 47 - 60) Globalbudgets Werke: Gasversorgung S. 136/137; Wasserversorgung S. 137/138; Entsorgung und Recycling S. 139/140; Energiedienste S. 140 - 143

**Mitglied der GRPK, Christian Gross, SP**, informiert, dass er zusammen mit Walter Münch die Abteilung Werke besucht habe. Er danke Monika Salzmann, Rolf Baumbach und Herr Schüpbach für die ausführlichen Antworten. Bei den Werken sei es auch dieses Jahr so - wie eigentlich immer - dass der Nettoaufwand gleich der Aufwand für die Energiekommission sei, da der ganze Rest gebührenfinanziert sei. Auf diesen Bereich habe man wenig Einfluss. Er wolle nur auf die Bereiche eingehen, die einen Einfluss auf den steuerfinanzierten Bereich hätten. Einerseits sei es die Konzession, die die Abteilung Werke der Stadt jedes Jahr abzuliefern habe. Diese sei vom Stadtrat sozusagen willkürlich festgesetzt worden. Jahrzehntlang sei der Betrag bei CHF 300'000.- gelegen. Im letzten Jahr sei der Betrag auf CHF 400'000.- erhöht worden. Nun liege der Betrag bei CHF 500'000.- ohne erkennbaren Grund, ausser der Finanzlage. Der zweite Punkt, der mit dem steuerfinanzierten Bereich zusammenhänge, seien die Zinszahlungen. Hier müsse er leider etwas ausholen. Die Werke würden ihre Investitionen - dies seien namentlich der Ersatz von Gas- und Wasserleitungen - nicht direkt über das Spezialfinanzierungskonto bezahlen, das dürften sie nicht, sondern es werde ein Verwaltungsvermögen aufgebaut, das aus rechnerisch buchhalterischer Sicht als Schuld bei der Abteilung Finanzen liege und entsprechend verzinst werde. Da in der Laufenden Rechnung jedoch gleichzeitig Überschüsse erwirtschaftet würden, weil sich die Investitionen amortisieren müssen, baue sich daneben auch das Spezialfinanzierungskonto der Werke auf. Entsprechend würden immer mehr Zinszahlungen zwischen der Abteilung Werke und der Abteilung Finanzen hin und her laufen. Dieses Jahr habe es eine grosse Änderung gegeben, und zwar sei aus Sicht des gebührenfinanzierten Bereichs die Aktivverzinsung, also die Verzinsung dieses Spezialfinanzierungskontos von 2% auf 0.125% abgesenkt worden. Gleichzeitig sei aus Sicht des gebührenfinanzierten Bereichs die Passivverzinsung, also die Verzinsung des Verwaltungsvermögens auf 2.5% erhöht worden. Dies führe zu Nettozinsströmen. Diese würden in den nächsten Jahren anwachsen, da dieser Mechanismus weiter bestehe, dass die Investitionen nicht mit dem eigentlichen Überschuss erwirtschaftet werden können, sondern über das Verwaltungsvermögen getätigt werden müssen. Darum habe das Spezialfinanzierungskonto immer einen höheren Betrag. Es sei zu hoffen, dass spätestens mit HRM2 eine Neuregelung komme. Die GRPK halte die jetzige Regel nicht unbedingt für nachhaltig.

**Sicherheit** (Seite 61 bis 68) Globalbudget Sicherheit: Polizei S. 143/144

**Mitglied der GRPK, Volkan Dogu, CVP**, teilt mit, dass Jonas Rickli und er die Abteilung Sicherheit besucht hätten. Er danke dem zuständigen Stadtrat Jonas Erni und dem Abteilungsleiter Sebastian Epp für die Beantwortung der Fragen. Die Abteilung Sicherheit habe im Voranschlag 2016 einen ähnlichen Nettoaufwand wie im 2014 budgetiert. Bei der Sicherheit Intervention Prävention (sip) sei der Aufwand um CHF 30'000.- gekürzt worden. Die Analyse der sip-Berichte der letzten drei Jahre zeige, dass in den Monaten November bis März sehr wenige Aktivitäten verzeichnet worden seien. Daher fänden in diesen Monaten keine sip-Patrouillen mehr statt. In dieser Zeit sei man darauf angewiesen, dass die Stadtpolizei häufigere Fusspatrouillen bei den Brennpunkten in der Stadt vornehme.

Ein weiterer Punkt sei die örtliche Zivilschutzorganisation. Diese sei in diesem Jahr in den Zweckverband Zivilschutzorganisation Zimmerberg (ZVZZ) überführt worden. Durch die Gründung würden diverse Kostenblöcke unter der Kontogruppe 614 wegfallen. Für die Jahre 2015 und 2016 würden zudem noch Investitionskostenbeiträge für die Einrichtung der neuen Zivilschutzräumlichkeiten in Horgen anfallen. Die Reduzierung der Kosten werde in der Startphase noch nicht ersichtlich sein. Die Aufwände nähmen jedoch mittelfristig ab. Für die Kostenkontrolle sei gesorgt. Sie seien im ZVZZ Vorstand mit einem Stadtrat und zwei Delegierten vertreten.

**Stadtrat Jonas Erni** verzichtet darauf, etwas zum Allgemeinen zu sagen. Er nehme jedoch Stellung zum Antrag, der bestehe. Evtl. wolle die Antragstellerin ein paar Worte dazu zu sagen.

**Antrag von Charlotte Baer betr. Globalkredit Polizei 600-603  
Ergänzung Ziele und Indikatoren**

	Ziele	Indikatoren / Standards
neu	Gewährleistung einer konfliktfreien Koexistenz unterschiedlicher Benutzergruppen im öffentlichen Raum durch präventive ordnungsdienstliche und Sozialinterventionen.	Bedürfnisorientierte präventive Präsenz und aktives Intervenieren zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung in den Brennpunkten (z.B. sip wädi)

Eine Budgetüberschreitung zwecks Sicherstellung dieser Zielsetzung wird nötigenfalls in Kauf genommen.

**Charlotte Baer, SVP**, führt aus, dass Rahel Sonderegger in der Einleitung gesagt habe, man solle wissen, worüber bei den einzelnen Anträgen abgestimmt werde. Simon Kägi habe gerne eine Begründung. Beides könne sie erfüllen.

Im Antrag gehe es um die Sicherstellung der Funktionen der sip wädi auch im Winter zu gewährleisten. Der blauen Version des Voranschlags sei Dank. Aus der Position 602.3180.00 (S. 62) entnehme man, dass bei der sip wädi der Aufwand von CHF 110'000.- auf CHF

80'000.- reduziert worden sei. Die Antwort auf ihre Frage zuhanden der GRPK habe gelautet, dass die sip in den Wintermonaten wenig Aktivitäten verzeichne, man wolle darauf verzichten; ausgenommen sei die Fasnacht. Stattdessen werde die Stadtpolizei angewiesen, an den bekannten Brennpunkten wöchentliche Fusspatrouillen durchzuführen. Daran, dass die Sachkommission und der Gemeinderat am 4. Juni 2012 jährlich CHF 100'000.- für die sip wädi zur Unterstützung der Stadtpolizei bewilligt hätten, wolle sich offenbar niemand mehr erinnern. Auf weiteres Nachfassen habe man ihr versichert, die Situation habe sich nachts an den Brennpunkten sowieso massiv verbessert. Beide Argumente würden sie kein bisschen überzeugen bzw. sie seien so falsch, dass nicht einmal das Gegenteil richtig wäre. Wenn eine Massnahme erstens wirklich etwas bringe, dann streiche man diese nicht gleich wieder weg. Und zweitens könne noch 100-mal geschrieben und behauptet werden, die Stadtpolizei ersetze die sip-Patrouillen. Es sei trotzdem nicht so. Die sip wädi sei ein Element im dreiteiligen Sicherheitskonzept zur Gewährleistung eines ungestörten Nachtlebens an den Wochenenden. Die sip decke einerseits das Mittelfeld ab zwischen der mobilen Jugendarbeit, die kollegial gegenüber Jugendlichen auftrete, und andererseits der Polizei. Die sip trete in Aktion, wo polizeiliche Zwangsmassnahmen noch nicht angezeigt seien, umgekehrt aber die Jugendarbeiter zu wenig Druck auf die Störenden erzeuge. Streiche man die sip weg, falle das Sicherheitskonzept zusammen. Die Polizei ersetze die sip nicht und müsse sie auch nicht ersetzen. Sie habe einen anderen Leistungsauftrag. Die Polizei sei eine Blaulichtorganisation, die sip nicht. Bei der sip gehe es um Prävention und Sozialintervention, bevor eine Situation eskaliere. Die Polizei handle repressiv. Polizei, sip wädi und Jugendarbeit könnten nicht beliebig ausgetauscht werden, sondern würden sich ergänzen. Hinzu komme, dass die Stadtpolizei ein ganz anderes, viel grösseres Einsatzgebiet habe. An den Wochenenden und nachts leiste sie mit den Korps aus Horgen und Richterswil Dienst, also gemischte Patrouillen mit dem Auto in einem bedeutend grösseren Einzugsgebiet. Die sip hingegen sei zu Fuss an den Brennpunkten von Wädenswil unterwegs. Die Stadtpolizei könne also gar nicht beide Dienste gleichzeitig ausführen.

Zum Finanztechnischen: Die Stadtpolizei sei ein Leistungsbereich mit Globalbudget. Sie könnten zwar den Nettoglobalkredit um CHF 20'000.- erhöhen. Da sei man bei den CHF 100'000.-, die die Sachkommission bewilligt habe. Man könne aber nicht vorschreiben, wofür das Geld ausgegeben werden müsse. Deshalb sollten die Zielsetzungen und Standards verändert bzw. ergänzt werden, wie sie es gemäss schriftlicher Vorlage beantrage.

Wenn es die sip wädi jetzt in den Wintermonaten tatsächlich nicht mehr brauche, weil sich die Situation an den Brennpunkten normalisiert habe, wie der Stadtrat behaupte, dann bestehe Anlass zur Freude und es gebe effektiv keinen Grund, vorsorglich mehr Geld auszugeben. Sollte sich dieser halbwegs paradiesische Zustand aber wieder verschlechtern, stehe der Stadtrat mit der beantragten Ergänzung ausdrücklich in der Pflicht, unverzüglich zu handeln und die sip wädi zur Unterstützung der Stadtpolizei auch in den Wintermonaten wieder anzubieten. Denn die Stadtpolizei könne und dürfe für die Folgen fehlender sip-Einsätze nicht zur Verantwortung gezogen werden. Für den Mehraufwand, der auf dem Konto der sip wädi entstände, sei dann eine Budgetüberschreitung in der Rechnung 2016 in Kauf zu nehmen und für den Voranschlag 2017 sei wieder mehr zu budgetieren. Also CHF

100'000.- oder CHF 110'00.- je nach dem. Es könne nicht einfach an einem anderen Ort gespart werden, beispielsweise bei der Verkehrserziehung oder durch den Verzicht auf gewisse Anschaffungen wie zum Beispiel auf die Taser bei der Polizei. Sie sähen es, es gebe es also tatsächlich noch: Die SVP-ler, die schon im Voraus den Mehraufwand rechtfertigen und die Budgeterhöhung zum Thema machen würden.

**Stadtrat Sicherheit und Gesundheit Jonas Erni**, sagt, dass die geforderten neu zu formulierenden Ziele und Indikatoren der GRPK zwar aussergewöhnlich, aber nachvollziehbar seien. Sie entsprächen der langjährigen Strategie des Stadtrates, im Sicherheitsbereich auf die zwei gleichberechtigten Säulen Prävention und Intervention zu setzen. Das neuformulierte Ziel von Charlotte Baer betreffend Intervention sei gut. Sie sei in den meisten Ratings des Bezirks oder Kantons im positiven Sinn an der Spitze. Das heisse, dass sie sehr geringe Interventionsnotwendigkeiten von Seiten der Polizei hätten. Beim Indikator sei es so, dass dieser nicht klar messbar sei, aber ebenfalls durch die bedürfnisorientierte Präsenz, die hier formuliert sei, sicher in die richtige Richtung gehe. Der Stadtrat nehme das gerne als Hinweis so entgegen - wie auch die Ausführungen von Charlotte Baer gewesen seien - dass die Stadt mit den zwei Standbeinen Prävention und Intervention auf dem richtigen Weg sei und gerne da auch weiterfahre. Falls nötig werde die sip selbstverständlich ausgedehnt. Man habe aber effektiv festgestellt, dass sie im Winter weniger notwendig sei ausser bei den erwähnten Grossanlässen. Deshalb sehe er keinen Grund, sich dem Antrag zu verwehren.

**Abstimmung über den Antrag von Charlotte Baer betr. Globalkredit Polizei 600-603: Ergänzung Ziele und Indikatoren**

	Ziele	Indikatoren / Standards
neu	Gewährleistung einer konfliktfreien Koexistenz unterschiedlicher Benutzergruppen im öffentlichen Raum durch präventive ordnungsdienstliche und Sozialinterventionen.	Bedürfnisorientierte präventive Präsenz und aktives Intervenieren zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung in den Brennpunkten (z.B. sip wädi)

Eine Budgetüberschreitung zwecks Sicherstellung dieser Zielsetzung wird nötigenfalls in Kauf genommen.

Der Rat stimmt dem Antrag von Charlotte Baer grossmehrheitlich zu.

**Schule und Jugend** (Seite 69 bis 75) Globalbudget Schule und Jugend: Freizeitanlage S. 145/146

**Mitglied der GRPK, Rita Hug, GP**, führt aus, dass der Besuch bei der Abteilung Schule und Jugend, den sie zusammen mit Christian Gross machen durfte, einmal mehr sehr interessant gewesen sei und aufgezeigt habe, wie umfangreich diese Abteilung mit Schülern, Eltern und Lehrkräften sei. Sie bedanke sich herzlich bei Stadtrat Johannes Zollinger, Frau Eva Soland und Herr Patrick Weil für das interessante und konstruktive Gespräch. Man

spüre das grosse Engagement, den Kindern in Wädenswil eine gute Schulbildung zu ermöglichen. Ein Dank gehe auch an Aurel Greter, Leiter der Jugendarbeit und Richard Haller, Leiter Musikschule, für die Beantwortung ihrer Fragen und die Möglichkeit, einen kleinen Einblick in ihre Arbeit zu bekommen.

Bei der Abteilung Schule und Jugend hätten sich die Sparanstrengungen positiv auf den Aufwand im Voranschlag 2016 ausgewirkt. Obwohl es eine zusätzliche Klasse im Schulhaus Untermosen und zwei neue Kindergartenklassen in der Au gebe, könne der Aufwand gegenüber der Rechnung 2014 um CHF 1.1 Mio. reduziert werden. Aktuelle Zahlen würden belegen, dass die Anzahl Sonderschüler in mehreren Kantonen massiv gestiegen seien. Auch der Kanton Zürich sei stark davon betroffen. So habe sich die Zahl der Sonderschüler seit dem Jahr 2000 mehr als verdoppelt. Das gehe auch an der Stadt Wädenswil nicht spurlos vorbei. Auch die Schule in Wädenswil habe den Auftrag, sich um diese Kinder zu kümmern und sie so gut wie möglich zu unterstützen.

Die Schule sei für eine Stadt ein grosser Brocken, aber was hätten sie sonst zu bieten, wenn nicht gut ausgebildete junge Menschen. Hier werde der Grundstein gelegt, damit die Jungen später im Berufsleben Fuss fassen würden. Es sei so, dass in der heutigen Gesellschaft viele Kinder immer mehr stark begleitet werden müssten. Sie sollten ihr glauben, was heute versucht werde einzusparen, werde für alle morgen teuer zu stehen kommen. Kinder, die wegen mangelnder Deutschkenntnisse keinen Ausbildungsplatz fänden, seien immer auf Hilfe angewiesen.

### **Besoldung Sonderschulung, Konto 701.3020.02 Besoldungen für Sonderschulung**

**Eine Mehrheit der GRPK beantragt: „Der Aufwand des Kontos 701.3020.02 (Besoldungen für Sonderschulung) ist um CHF 60'000.- von CHF 541'200.- auf CHF 481'200.- zu reduzierenn**

**Mitglied der GRPK, Rita Hug, GP,** sagt, dass eine Mehrheit der GRPK zwei ganz wichtige Posten der Schule reduzieren wolle. Einerseits sei es die Sonderschulung mit einer Reduzierung um CHF 60'000.- und andererseits die Besoldung der Lehrkräfte um CHF 500'000.-. Die Anwesenden müssten sich bewusst sein, dass diese Einsparungen in der Zeitspanne von September bis Dezember 2016 gemacht werden müssten. Denn bis im August 2016 sei alles bereits festgelegt und es könne nichts mehr geändert werden. Die hohen Beträge müssten in diesen Monaten gestrichen werden. Das müsse ihnen bewusst sein. Neben dem, dass sie für die Kinder die sonderpädagogischen Massnahmen kippten, seien sie auch für Kündigungen von Lehrkräften verantwortlich. Sie hoffe, dass sie sich dessen bewusst seien.

**Stadtrat Schule und Jugend Johannes Zollinger,** äussert sich aus Effizienzgründen gleichzeitig zu beiden Anträgen. Zuerst wolle er der Mehrheit der GRPK danke sagen, weil sie einen Antrag gestellt hätten, der Freizeitanlage CHF 18'000.- mehr zu geben, damit das Kassensystem ersetzt und der 25-jährige Bodenbelag im Büro ausgewechselt werden könne. Das habe ihn gefreut, wenn er sich an die letzte Budgetdebatte erinnere.

Nun komme er zur Schule. Er müsse nun doch auf die Bildungs- und Forschungsstadt Wädenswil Bezug nehmen, weil das eines der Hauptziele sei, das überall propagiert werde. Das Logo finde man auf allen Publikationen und auf den Briefbögen unten rechts. Die Primarschule Wädenswil sei ein wichtiger Bestandteil der Bildungs- und Forschungsstadt. In den Broschüren werde zwar meistens die ZHAW gerühmt und die Schulpreisträgerin sei die Oberstufe. Aber nicht vergessen werden solle, dass die Primarschule den Grundstein für eine erfolgreiche Bildung lege. Beim Eintritt in die Primarschule, dieser fange übrigens bereits zwei Jahre früher an, denn der Kindergarten gehöre auch dazu, wüssten und könnten die Kinder noch nicht viel und nachher, wenn sie gingen, seien sie immerhin oberstufentauglich. Gerade kürzlich hätten sie eine Schuleinheit (bereits zum zweiten Mal) von der Fachstelle Schulbeurteilung evaluieren lassen, weil sie das wichtig fänden. Von einer grossen Anzahl Eltern hätten sie ein sehr hohes Mass an Zufriedenheit zurückgemeldet erhalten. Die Fachstelle für Schulbeurteilung - das wolle er nicht vorenthalten - habe in ihrem Bericht unter anderem hervorgehoben, dass die Begabungsförderung, wie sie in Wädenswil gemacht werde, etwas sehr wertvolles sei. Geschrieben worden sei: „Leistungsstarke und motivierte Lernende erhalten herausfordernde Angebote im Rahmen eines Begabungsförderungsprogramms. Die Orientierung an den Stärken der Schulkinder ist ausgeprägt.“ Wädenswil fördere die Leistungsstarken seit 1997 nachdem der Schule immer der Vorwurf gemacht worden sei, sie engagiere sich nur für die Schwachen und die Schülerinnen und Schüler, die Probleme machten, die anderen jedoch würden sitzen gelassen. Das mache Wädenswil nicht. Die Mitarbeitenden der Primarschule Wädenswil seien auch zu ihrer Zufriedenheit befragt worden. Die Befragung habe einen ausserordentlich hohen Grad an Zufriedenheit ergeben. 86% der Mitarbeitenden seien mit ihrer Arbeitssituation zufrieden. Das sei deutlich höher als vor drei Jahren. Sie befürchteten jedoch, dass sich das nach heute Abend wieder ändern könnte.

Die Primarschule Wädenswil gehöre zu den Schulen mit den tiefsten Fluktuationswerten bei Lehrpersonen und Schulleitenden. Es gebe Schulleitende, die seit Anfang an dabei seien und es funktioniere hervorragend. Auch die Mehrheit der Schulpflege wirke schon seit vielen Jahren mit. Vielleicht habe das auch gewisse Nachteile, das gebe er zu. Aber im stets wandelnden Schulumfeld sei das für Wädenswil sicher ein Vorteil gewesen.

Er rufe nochmals in Erinnerung: Die Schule suche sich ihre Aufgaben nicht selber. Die Schule müsse alle Kinder nehmen, die im schulpflichtigen Alter seien und mit allen sollten die Zielvorgaben des Lehrplans erreicht werden. Mit den Reichen, den Armen, den Intelligenen, den Dummen und mit denen, die von der Sprache und Kultur keine Ahnung hätten. Probleme könne die Schule nicht outsourcen. Sie müsse diese selber lösen. Die Lösungswege seien weitgehend sehr engmaschig vorgegeben. Hier müsse er der Präsidentin der GRPK sagen, dass der Interpretations- und Gestaltungsspielraum im Schulbereich sehr klein sei. Der Kanton gebe sehr viel vor.

Dass die Schule ihren Preis habe sei unbestritten. Im nächsten Schuljahr werde aufgrund der gestiegenen Schülerzahlen mit zwei zusätzlichen Kindergärten und einer zusätzlichen

Schulklasse gerechnet. Trotzdem sei ein tieferer Aufwand budgetiert als im Vorjahr. Er erwarte nicht, dass sie ihm dafür danke sagen würden. Aber es wäre hilfreich, wenn es wenigstens zur Kenntnis genommen würde.

Sie würden die Sorge um die stetig steigenden Kosten auch teilen, das versichere er. Sie hätten deshalb zusammen mit den Schulleitenden und mit den Vertretern der Lehrpersonen einen halben Tag extern begleitet intensiv nach Spar- und Optimierungsmöglichkeiten gesucht. Engagiert, konstruktiv und in einer guten Atmosphäre habe man zusammengetragen, wo das Budget entlastet werden könne, so dass nicht die Schülerinnen und Schüler benachteiligt würden und dass die Schulqualität nicht massiv gestört werde. Man habe rund CHF 0.8 Mio. zusammengebracht. Der Stadtrat habe den Betrag wieder korrigiert, weil auch im Bereich Infrastruktur Sparvorschläge gemacht worden seien. Im Januar 2016 werde ein Monitoring zum Thema Sonderpädagogik gemacht. Sie würden sich mit der Entwicklung der Sonderpädagogik befassen. Diese Kosten seien seit der Integration von Schülerinnen und Schülern mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen im ganzen Kanton markant gestiegen. Das mache allen Gemeinden Land auf und ab grosse Sorgen. Sie wüssten tatsächlich nicht, wie das angegangen werden solle. Mit externer Unterstützung werde nun nach Optimierungsmöglichkeiten Ausschau gehalten, so dass es nachhaltig erträglicher werde. Sie sähen, der Wille und die Bereitschaft zum Sparen seien auch in der Schule da. Man sei sich einig, dass etwas getan werden müsse. Aber wie das geschehen solle, das sähen sie nicht ganz gleich.

Als er die wenig reflektierten Kürzungsanträge gelesen habe, die eingereicht worden seien, nachdem sie von der GRPK überhaupt nichts gehört hätten, müsse er sagen, dass es schon etwas eigenartig sei. Die Anträge seien einfach nicht umsetzbar. Das Schuljahr sei geplant und daure bis zum Ende der Sommerferien 2016 und bis dann seien die Budgetkürzungen in diesem Bereich nicht umsetzbar. Die Besoldungen sollten von rund 3.8 Mio. um 0.5 Mio. oder rund 13% gekürzt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müsste rund vier Personen gekündigt werden. Er denke dabei an die Begabungsförderung. Die meisten Lehrpersonen seien dort so um die 60 Jahre alt. Wenn hier Stellen abgebaut würden, müssten Abfindungssummen bezahlt werden, die wehtäten. Wenn in diesem Bereich die Mittel gekürzt würden, müsse daran gedacht werden, dass künftig mehr Kinder in externen Schulen untergebracht werden müssten. Die Kosten seien in einem solchen Fall mindestens doppelt so hoch wie die Förderung vor Ort.

Geschätzte Mitglieder des Gemeinderats der Bildungsstadt Wädenswil. Er wolle sie nicht mit weiteren Details langweilen. Aber ein paar Dinge müssten gesagt werden und diese müsse er losbringen. Es sei für ihn unverständlich, dass sie als Parlamentarier den Kontakt zur Schule nie gesucht hätten. Die Präsidentin der GRPK habe in ihrem Eintretensreferat zum gemeinsamen Handeln aufgerufen. Er sei dazu parat. Er freue sich, wenn sie kämen und mit ihnen anschauen würden, was überhaupt in der Schule passiere. Sie seien parat, aber genau das sei vermisst worden. Sie würden die Schulpflegemitglieder kennen. Das sei die Behörde, die das Volk wähle und verantwortlich für die Führung der Schule sei. Wahrscheinlich sei das ihnen bekannt. Die Schulpflege sei parteipolitisch sehr ausgewogen zusammenge-

setzt und sehr breit abgestützt. Sie wüssten, wer die Schuleinheiten leiten würden. Mit diesen könne man sprechen. Im Internet finde man diese. Sie würden die Lehrpersonen kennen, mit diesen könne auch gesprochen werden.

Für Fragen stehe die Schule jederzeit zur Verfügung. Stattdessen pflege man lieber die Migros-Pädagogik. Man könne auch Denner, Lidl, Aldi oder Coop sagen. Man treffe sich zwischen den Gestellen spreche über die Schule und das was man über die Schule gehört habe und mache sich danach ein Bild von der Schule. Aber ganz so einfach sei es nicht. Kinder würden zu Hause das erzählen, was sie erlebt hätten und nicht das, was wirklich passiert sei. Wenn der Kontakt zur Schule gepflegt und unter dem Jahr nachgefragt würde, was die Schule eigentlich mache und warum sie so teuer sei, würde man evtl. von einer Kindergärtnerin hören, dass die Kinder jedes Jahr jünger würden wenn sie in den Kindergarten eingeschult werden. Der Prozess sei noch nicht abgeschlossen. Zudem gebe es in einem Kindergarten zwei Jahrgänge. Die einen die vielleicht noch in die Hosen machen würden und die anderen, die bereits rechnen und schreiben könnten. So eine Gruppe müsse zusammengehalten werden. Das sei eine grosse Herausforderung, die von den Kindergärtnerinnen geleistet werden müsse. Wenn der Kontakt zur Schule gepflegt würde, höre man vielleicht, dass Konflikte mit Eltern sich so auf die Kinder auswirkten, dass es zu einem endlosen Mail-Verkehr zwischen Lehrpersonen, Schulleitenden und Behördenmitgliedern führe. Es laufe einiges ab. Wenn der Kontakt mit der Schule gepflegt würde, könnte gehört werden, dass Schüler mit extrem belastenden familiären Situationen intensive Betreuung benötigen würden. Oder eine Lehrerin könnte sagen, wie reagiert werden solle, wenn ein 5. Klässler sage: „Du Schlampe hast mir gar nichts zu sagen“. Zurzeit seien 16 Flüchtlingskinder neu eingeschult worden. Dies sei eine gewaltige Leistung an Integrationsarbeit, die von den Lehrpersonen täglich geleistet werde, und zwar ganz alleine. Kein Politiker sei da. Politiker gäben gerne ihre Standardantworten zu Integrationsfragen in jedes Mikrofon und würden gescheiterte Texte schreiben. Die Arbeit aber würden die Lehrpersonen im Schulzimmer machen. Es gebe noch weitere Beispiele. Es gebe aber gottlob auch ganz viele Kinder, die problemlos seien. Aber auch diese würden davon profitieren, wenn man sich um die Kinder kümmere, die den Unterricht störten. Den Parlamentarier stünden ganz viele verschiedene Instrumente zur Verfügung wie eine Initiative, Interpellation, Anfrage usw. um ihren Ideen und Anliegen Nachdruck zu verleihen. Die Mitglieder der GRPK könnten die Abteilungen besuchen. Das sei auch eine Möglichkeit. Stattdessen werde dieser Weg gewählt, er nenne dies die Gemeindeversammlungsmethode. Man komme einfach und stelle einen Antrag. Das finde er schade. Bisher habe das Parlament bei Budgetdiskussionen konstruktiver zusammengearbeitet. Er wünschte sich, dies wäre wieder möglich. Sie würden gesprächsbereit bleiben und die Aufgabe ernst nehmen. Alles mache ihnen auch nicht Freude. Man wolle zur Schule und zu den Mitarbeitenden Sorge tragen und vor allem, dass die Kinder eine gute Bildung bekämen.

Falls diese Art zu budgetieren Schule mache, werde ein grosser Wert, der die Politik in Wädenswil bisher ausgezeichnet habe, vernichtet, nämlich das Vertrauenskapital. Dazu solle Sorge getragen werden. Er bitte daher, beide Anträge abzulehnen damit an Weihnachten mit gutem Gewissen „ihr Kinderlein kommet“ gesungen werden könne.

**Thomas Koch, FDP**, stellt klar, dass den bürgerlichen Parteien im Allgemeinen und der FDP-Fraktion im Besonderen die Bildung wichtig, ja sogar sehr wichtig sei. Hierzu würden die Zurverfügungstellung einer geeigneten Infrastruktur sowie eine ausreichende Zahl von motivierten, gut entlohnten und zufriedenen Lehrkräften gehören. Sie seien froh und würden es schätzen, dass es viele motivierte Lehrkräfte gebe. Dazu gehöre auch das Bereitstellen von geeignetem Lehr- und Schulmaterial. All das müsse gewährleistet sein und finanziert werden.

Die Schule nehme wegen ihres enormen Finanzbedarfs im Voranschlag einen wichtigen Platz ein. Daher seien in dieser Abteilung besondere politische Führungsqualitäten und -bemühungen gefragt. Das gelte einerseits für den Stadtrat, andererseits für die Gemeinderäte, die mit dem Voranschlag ein Führungsinstrument in der Hand hätten, das sie nutzen müssten.

Die Führungsverantwortung und Sparbemühungen von Vornherein mit dem Argument abzutun, in der Schule seien alle Kosten gebunden und jegliches kritische Hinterfragen von einzelnen Positionen sei bildungsfeindlich oder würde Wädenswil als Forschungs- und Bildungsstadt in Frage stellen, sei zu einfach, bequem, aber auch unfair. Mit dieser Argumentationskeule käme man seiner Führungspflicht mit allem Respekt nicht nach, bringe aber jeden kritischen Mitdenker in Misskredit.

Die meisten Gemeinderäte hätten Einblick in den Schulalltag. Die Meisten von ihnen hätten - das unterscheide sie vielleicht vom Alter her - Kinder in der Primarschule oder würden Nachbarn, Bekannte oder Freunde kennen, die auch Kinder in der Primarschule oder im Kindergarten hätten und Rückmeldungen erstatten würden. Es passiere nicht nur in der Migros. Sie würden erfahren oder sähen sogar selber, wie es in der Schule ablaufe. In der Regel seien alle des Lobes voll bezüglich des regulären Schulunterrichts und der Einsatz und die Leistungen der Lehrpersonen würden geschätzt. Genauso einhellig sei aber die Kritik an der gelebten integrativen Sonderschulung und alles was unter dem Label „BegaFö“ getan werde. Man werde den Eindruck nicht los, dass sich hier - ausgehend von einem anfänglich berechtigten Ansatz - ein Feld in der Schule entwickelt habe, das immer grösser, ausufernder und leidenschaftlicher bewirtschaftet werde. Jeder könne konkrete Beispiele nennen, wie Kinder schon in der Kindergartenstufe einer Norm entsprechen müssten. Bei kleinsten Abweichungen nach links oder rechts würde sondergeschult, therapiert oder mit Sonderunterricht angebliche Begabungen gefördert. Das habe zu einem stehenden Heer von Sonderpädagogen geführt, die - da vorhanden - immer weiter beschäftigt werden müssten. Mit der Folge, dass sich hier ein eigener Erwerbszweig aufgebaut habe, der sich selbst genüge, mit dem eigentlichen Lehrauftrag aber nicht mehr viel zu tun habe. Er gebe es zu, vielleicht sei das etwas überzeichnet. In vielen Fällen, das sei auch unbestritten, brauche es eine integrative Sonderschulung. Es brauche DaZ. Aber es sei die Tendenz - hier habe man genügend konkrete Beispiele - zu einer unkontrollierten Laisser-fair-Haltung spürbar. Die bürgerlichen Parteien im Allgemeinen und die FDP im Besonderen hätten sich auch zum Ziel gesetzt und hier seien sie absolut gleicher Meinung wie der zuständige Stadtrat, sich diesem Thema im nächsten Jahr schwerpunktmässig anzunehmen. Sie wollten den Stadtrat diesbezüglich bei

seinen Bemühungen unterstützen. Deshalb seien sie sehr froh, wenn sich der Stadtrat diesem Thema im nächsten Jahr annehmen werde. Ziel sei es, die integrative Sonderschulung und das ganze „BegaFö“ auf das Notwendigste zu reduzieren. Dort wollten sie den Stadtrat unterstützen. Der Anfang sei gemacht mit der beantragten Kürzung auf dem Konto 701.3020.02. Es werde nichts wegrationalisiert oder gekippt, sondern es sei ein Einfrieren auf dem Niveau von 2014. Ausgehend von dieser Basis könne zusammen in aller Ruhe das Thema angegangen werden. Zur Zufriedenheit der Lehrpersonen und zur Zufriedenheit der Schule als solches.

**Thomas Rom, SP**, hat es jetzt dann gehört mit dem Sparen. Er habe lange nichts gesagt. Es werde gesagt, dass man spenden solle, das liege ihnen am Herzen, die Schule sei super, die Lehrkräfte seien motiviert es laufe in der Schule, es sei toll und lässig sie wollen alle mitmachen. Aber wenn es um das Zahlen gehe, dann sage man nichts mehr und sei ruhig. Es werde nur noch Geld gekürzt. Er frage sich, ob sie das Gefühl hätten, dass sich die Schule von alleine finanziere. Sie hätten gesagt, dass der Stadtrat es sich manchmal zu einfach mache.

**Edith Brunner, SP**, will zu diesen beiden Bereichen, die Thomas Koch bereits angesprochen habe, aus Sicht der SP auch noch ein paar Überlegungen einbringen. Das eine sei das Thema Deutsch als Zweitsprache (DaZ). Beim Thema Masseneinwanderungsinitiative, Flüchtlingen, Ausländern, Asylanten stehe seit Jahren eine Forderung, unbestritten von allen Parteien, im Vordergrund. Und das sei die Integration. Je erfolgreicher und schneller sie verlaufe, desto weniger Probleme gebe es für alle. Es werde wohl kaum jemand im Saal, egal von welcher Partei, bestreiten, dass die wichtigste Voraussetzung dazu das Beherrschen der Sprache sei und dass möglichst früh damit angefangen werden solle, wenn möglich im Vorschulalter, aber spätestens im Kindergarten. Wenn nun für DaZ die Gelder gekürzt werden, heisse das weniger Kurse und weniger Lehrpersonen, die diese vermitteln würden. Und dies in einer Zeit, wo mit mehr Fremdsprachigen zu rechnen sei, ob man das gut finde oder nicht. Man habe gerade in der letzten Woche lesen können, dass die Zahl der Schüler, die diesen Förderunterricht benötigen würden am Steigen sei, auch, weil die globalen Firmen ihren Mitarbeitern nicht mehr immer die Internationalen Schulen zahlen würden. Man könne sich überlegen, ob von diesen meist zahlungskräftigen Familien ein Beitrag zu verlangen wäre, aber das sei vermutlich wieder mit einem grossen Aufwand sowie neuen Regeln und viel Kontrolle verbunden und lohne sich deshalb wohl nicht.

Kinder, die schlecht schreiben und reden hätten auch in anderen Unterrichtsfächern Mühe. Ihre schulische Laufbahn stehe also oft schon von Anfang an unter einem schlechten Stern. Sie wüssten alle, dass Massnahmen in den oberen Stufen sowie soziale und ökonomische Nachfolgekosten wegen Arbeitslosigkeit etc. den Staat ungleich mehr kosten würden. Sie komme auch noch einmal auf den Slogan „Bilden und Forschen“ zurück. Die Frage sei, ob man den Slogan ernst nehme oder ob es einfach ein Motto sei, so wie dieser vom Media Markt „Ich bi doch nöd blööd“. Für sie persönlich solle ein solcher Slogan einen Inhalt haben. Wenn sie wollten, dass er einen Inhalt habe, dann müsse dafür gesorgt werden, dass

die Qualität der Schulen so hoch bleibe wie sie sei, sonst verliere Wädenswil an Glaubwürdigkeit. Im Sinn des Votums von Simon Kägi und von Rita Hug fänden sie von der SP auch, dass der Kürzungsantrag kurzsichtig sei.

Jetzt komme sie noch zur Begabtenförderung. In unserem Schulsystem werde sehr viel gemacht für schwächere und benachteiligte Schüler und Schülerinnen. Das stimme und sei auch richtig so, denn es lohne sich in den allermeisten Fällen. Genauso wichtig sei es aber auch, die Begabten zu fördern und ihnen zusätzliche Anreize, Inputs und Herausforderungen zu geben. Die Primarschulklassen, das habe Johannes Zollinger vorher erwähnt, seien heute sehr heterogen und die Lehrpersonen würden versuchen, möglichst allen Bedürfnissen gerecht zu werden. Trotzdem seien Zusatzangebote nötig und mit dem vorgelegten Kürzungsantrag seien diese gefährdet. Sie von der SP-Fraktion seien gegen die Kürzungen, weil sie glaubten, es sich nicht leisten zu können, sehr intelligente und begabte Kinder in eine Schulumüdigkeit und einen „Schulverleider“ zu treiben, weil sie sich langweilten und unterfordert wären. In krassen Fällen, da gebe es genügend Beispiele, seien solche Jugendliche schon zu Störenfriede geworden, die eine ganze Klasse durcheinander gebracht hätten und am Schluss in einem völlig falschen Sondersetting gelandet seien. Die SP sei durchaus dafür, dass die Begabtenförderung kritisch hinterfragt werde, aber dann solle das zuerst einmal über den Inhalt und nicht über die Finanzen passieren. So wie es Johannes Zollinger vorher gesagt habe, gebe es zwei Bereiche, wo alle meinen, Vollprofis zu sein. Der eine sei beim Fussball, hier sei jeder der beste Trainer und der andere sei die Schule. Hier wisse auch jeder wie es besser oder richtig gemacht werde. Sie glaube, man müsse auch Vertrauen haben, da es Leute seien, die gut ausgebildet und ihren Job gut machen würden, weil sie darin Profis seien. In diesem Sinn empfehle sie allen, den Kürzungsantrag abzulehnen, um die Qualität der Wädenswiler Schule erhalten zu können.

**Rahel Sonderegger, EVP**, bestätigt, was Johannes Zollinger gesagt habe, Kinder im Kindergarten könnten vielleicht noch nicht aufs WC. Ein grosser Teil und vor allem die 4-jährigen Babys könnten es wirklich nicht. Sie wolle nicht wiederholen, was Edith Brunner bereits erwähnt habe betreffend DaZ. Dies heisse übrigens Deutsch als Zweitsprache für all jene, die das nicht wüssten. Von Thomas Koch sei erwähnt worden, „BegaFö“ sei nicht nötig oder nicht nützlich und man dazu Beispiele habe. Sie wolle ein solches Beispiel hören. Sie habe Beispiele, bei denen es gut laufe und die Kinder gefördert würden und es eben nicht dazu komme, dass diese Kinder den Unterricht störten. Sie habe ein solches Kind gehabt, das sich 100%ig nicht gut in der Klasse eingegliedert hätte, wenn es nicht adäquat gefördert worden wäre. Das adäquate Fördern sei ein guter Input. Es sei nämlich so, dass alle Kinder adäquat gefördert werden müssten. Im Volksschulgesetz heisse es „...fördern, wie es seinen individuellen Fähigkeiten entspricht.“ Das sei gesetzlich verankert. All diesen Kindern solle eine passende Lernart zur Verfügung stehen. Das stehe so im Volksschulgesetz. Adäquate Förderung, was heisse das und was bedeute das. Sie wolle alle einladen - vorher habe man gehört, dass alle eine Ahnung von der Schule hätten - einen Tag, zwei Tage oder eine Woche in der Schule vorbeizuschauen, was das heisse. Dort sehe man, was wirklich gemacht werde, wie das DaZ wirklich eingesetzt werde. Es sei nicht mehr das Gleiche wie vor 20 Jahren, als sie selber zur Schule gegangen sei oder vor 40 Jahren. Es sei nicht das-

selbe, wenn ein Kind nach Hause komme und erzähle, was es gemacht habe. Wer die Entwicklungspsychologie etwas studiert habe, könne das bestätigen. All jene, die das Gefühl hätten, es gehe schon irgendwie, wenn diese Kürzungen gemacht würden, täuschten sich. Es sei sehr polemisch und es zeuge davon, dass man sich nicht richtig mit der Materie auseinandergesetzt habe. Sonst wäre man bereits vorher in die Schule gekommen. Wenn es um einzelne Beispiele gehe, solle man schauen, ob man etwas gehört habe oder etwas vielleicht wirklich nicht in Ordnung finde. Es gehe doch nicht darum, dass man sage, alles sei nicht gut. Sowas werde sonst auch nicht gemacht. Wenn ein Lokiführer ein Signal überfahre oder nicht anhalte, sage er auch nicht, die SBB sei unfähig. Es sei sehr kurzsichtig und wie Simon Kägi es bereits erwähnt habe, ständen sie in der Verantwortung den Kindern gegenüber. Die Bildung sei das wichtigste Gut. Das habe man vorher bestätigt bekommen. Die Kinder hätten Anrecht auf eine anständige Bildung. Es sei eine ziemliche Farce, wenn die Stadt Wädenswil sich „Bildungs- und Forschungsstadt“ nenne. Falls der Antrag abgelehnt werde, werde sie das Logo auf den Couverts wahrscheinlich durchstreichen. Wenn zusätzlich mehr als eine halbe Million bei der Bildung gestrichen werde, frage sie sich, ob die Bildung erst nach der obligatorischen Schulzeit anfangen würde.

**Marc Lütolf, CVP**, sagt, dass man es heute von den Kühen habe und die Bildung eine heilige Kuh sei. Es sei sehr viel Polemik vorhanden. So habe es geheissen, dass keine Schulreise mehr gemacht werden könne oder das Schullager durch den Gemeinderat gestrichen werde. Wenn er so etwas höre, frage er sich, ob er wirklich die Schulreise streichen wolle oder ob es im Budget der Schule nicht noch andere Positionen gebe, die vorher gestrichen oder gekürzt werden könnten. Gottseidank gebe es neben den vielen Evaluatoren auch noch die Kinder oder die Nachbarn. Aus dem Standpunkt heraus, dass gespart werden müsse, damit der Haushalt ausgeglichen sei, müsse auch bei der Schule das Angebot gekürzt werden. Allerdings lieber bei anderen Angeboten, die man sich bisher geleistet habe, anstatt beim DaZ oder der normalen Schule, wo alle einverstanden wären, dass das absolut wichtig sei. Die Frage sei, ob man sich das, was man vielleicht vor ein paar Jahren gewünscht habe, heute noch leisten könne. Das sei die Frage und es sei nicht so, dass die Schule oder das DaZ in Frage gestellt würden.

**Mitglied der GRPK, Christian Gross, SP**, findet, es sei etwas absurd, da der Kürzungsantrag in erster Linie das DaZ treffe. Er komme nicht mehr mit, wenn man sich jetzt damit verteidige, dass DaZ nicht in Frage gestellt werde. Bei einem Konto, bei dem der grösste Posten das DaZ sei, könne doch nicht gesagt werden, das DaZ werde nicht in Frage gestellt. Das funktioniere doch nicht.

**Stadtrat Schule und Jugend Johannes Zollinger** ist es noch ein Anliegen, Thomas Koch etwas zu erwidern. Die Schule behaupte nicht, alles laufe perfekt. Sie wüssten, dass auch da Fehler passierten. Da und dort werde einmal über das Ziel hinausgeschossen oder zu lange an jemandem „ume dökterlet“, das sei schon so. Sie hätten nie behauptet, alles sei gut. Aber was nicht helfe sei, wenn nur über die Schule und nicht mit der Schule geredet werde. Wenn die Kritik, die geäussert werde, nicht zu einem Schulleiter komme oder wenn damit nicht zu einer Lehrperson gegangen werde, und sie frage, was da gemacht und wa-

rum das so gemacht worden sei, dann verstehe er die Welt nicht mehr. An jedem 1. Klassen-Infoabend werde den Eltern gesagt, sie sollten mit der Schule reden, wenn Probleme auftreten. Rückmeldungen zu geben sei die beste Methode. Er finde es schade, wenn nur darüber und nicht mit ihnen gesprochen werde. Evtl. könnten sonst gewisse Sachen früher korrigiert werden, die nicht gut laufen. Er behaupte nicht, dass immer alles perfekt sei bei so vielen Leuten, die an der Schule arbeiten würden.

**Thomas Rom, SP**, sagt, dass vorher erwähnt worden sei, dass man es sich nicht leisten könne. In wenigen Minuten hätten sie die Gelegenheit, darüber zu entscheiden, ob sie sich das leisten wollten oder nicht.

**Simon Kägi, GP**, führt aus, dass er heute besonders gespannt auf die Aussage der CVP zu dieser Frage gewesen sei. Die CVP habe schon lange einen Wahlslogan mit Familienpolitik und sie würden sich stark für Familien machen. Aufgrund des Votums sei CVP vermutlich falsch geschrieben und die Wählerinnen und Wähler müssten Familien mit V schreiben. Die CVP enttäusche ihn. Die Politik, die die CVP heute Abend mache enttäusche ihn. Sie streiche ganz viele Positionen, die mit Familien zu tun hätten; gerade die CVP, die sich stark für die Familie mache. Als Familie sei der Steuerfuss minim und nicht eine wirkliche Last. Er habe CHF 4'690.- Steuern bezahlt. Mit einer Steuererhöhung von 2% bezahle er CHF 46.- mehr Steuern. Das sei familienpolitisch nicht relevant. Noch ein anderes Beispiel: Er habe die Steuerausweise von seinen Kolleginnen und Kollegen im Rat bestellt. Die einen hätten diese gesperrt. Die anderen nicht. Jemand aus der CVP verdiene 165'000.- im Jahr. Sie bezahle CHF 21'276.- Steuern. Wenn der Steuerfuss um 2% ansteige, mache dies CHF 210.- aus. Wenn nun für CHF 500'000.- Geld zusammengestrichen werde, schneide man sich selber ins Fleisch. Er wünsche sich heute Abend den Alt-Gemeinderat Stahel zurück. Gerade in der aktuellen Phase, wo in Europa und in der Welt Parallelgesellschaften entstünden, sei die Schweiz bis heute sehr gut bedient. Hier gebe es noch keine oder fast keine Parallelgesellschaften. Wenn nun da gestrichen werden, wo es die Schwächsten betreffe, nämlich die, die in der Schweiz Deutsch für Fremdsprache brauchten, gehe man ein Sicherheitsrisiko ein. Er könne das nicht so gut sagen wie Herr Stahel. Er hätte sicher noch ein Zitat eines grossen Weltbürgers gebracht. Er wolle nochmals auf die Präambel in der Bundesverfassung verweisen. Dort heisse es, dass sie sich am Wohl des Schwächsten messen würden und nicht am Wohl des Stärksten oder Reichsten.

**Simon Kägi, GP**, stellt den Antrag nach Art. 38 die Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen.

Gemäss **Gemeinderatspräsident Erich Schärer** muss ein Viertel der Anwesenden für die Abstimmung unter Namensaufruf sein.

#### **Abstimmung über den Antrag von Simon Kägi betreffend Namensaufruf**

Der Rat stimmt der Abstimmung unter Namensaufruf zu.

**Abstimmung über den Antrag unter Namensaufruf**

**Besoldung Sonderschulung, Konto 701.3020.02 Besoldungen für Sonderschulung  
Eine Mehrheit der GRPK beantragt: „Der Aufwand des Kontos 701.3020.02 (Besoldungen für Sonderschulung) ist um CHF 60'000.- von CHF 541'200.- auf CHF 481'200.- zu reduzieren.“**

Andreoli Hans Peter, BFPW	Ja
Baer Charlotte, SVP	Ja
Bossert Sandy, SVP	Ja
Brunner Edith, SP	Nein
Coduri Ivano, SVP	Ja
Dogu Volkan, CVP	Ja
Gmür Beatrice, SP	Nein
Grand Ernst, FDP	Ja
Greter Monika, CVP	Ja
Gross Christian, SP	Nein
Hildebrand Peter, SP	Nein
Hug Rita, GP	Nein
Kägi Simon, GP	Nein
Koch Thomas, FDP	Ja
Küng Oliver, FDP	Nein
Lehmann Christoph, SVP	Ja
Lütolf Marc, CVP	Ja
Merseburger Christine, EVP	Nein
Minutella Angelo, GLP	Ja
Mouron Patrik, CVP	Ja
Münch Walter, FDP	Ja
Nufer Christian, FDP	Ja
Peyer Ivo, BFPW	Ja
Rappazzo Pierre, GLP	Ja
Rickli Jonas, GLP	Ja
Rom Thomas, SP	Nein
Schärer Erich, SVP	Enthaltung
Schmid Hansjörg, SP	Nein
Schüpbach Nadia, FDP	Nein
Sonderegger Rahel, EVP	Nein
Stocker Adrian, SVP	Ja
Stocker Berti, EDU	Nein
Stucki Adrian, GP	Nein
Wuhrmann Jürg, SVP	Ja
Zurfluh Fraefel Christina, SVP	Ja

Der Rat stimmt dem Antrag der GRPK mit 20:14 Stimmen bei einer Enthaltung zu.

## **Besoldung Lehrkräfte, Konto 705.3020.00 Besoldungen Lehrkräfte**

**Eine Mehrheit der GRPK beantragt:** „Der Aufwand des Kontos 705.3020.00 (Besoldungen Lehrkräfte) ist um CHF 500'000.- von CHF 3'821'600.- auf CHF 3'321'600.- zu reduzieren.“

**Stadtrat Schule und Jugend Johannes Zollinger** erinnert daran, dass man so schnell nicht aus vertraglichen Verhältnissen, wo Personen nach kantonalen Regelungen angestellt seien, aussteigen könne. Dies gehe einfach nicht. Wenn der vorliegende Antrag als Empfehlung auf den Weg mitgegeben werde, könne man das so mitnehmen. Wenn das jedoch so beschlossen würde, müsse das so zur Kenntnis genommen werden. Er sage einfach, dass es nicht umsetzbar sei und einfach nicht gehe.

**Adrian Stucki, GP** findet das Vorgehen der GRPK höchst unprofessionell. Die Präsidentin der GRPK sei die Erste die sage, dass eine Strategie oder ein Masterplan gebraucht werde. Er frage sich, was hier die Strategie sei um der Schule Geld zu kürzen ohne dass man mit Vorschlägen komme. Christina Zurfluh Fraefel sei auch immer für die FEP-Sachen und die Leistungsaufträge, was ja eine gute Sache sei. Jedoch könne man nicht einfach kommen und ohne Begründung sagen, eine halbe Million Franken solle gespart werden. Wie es Simon Kägi bereits erwähnt habe, sei es feige und höchst unprofessionell.

**Ivo Peyer, BFPW** beantragt darüber abzustimmen, ob der Antrag der GRPK in eine Empfehlung umgewandelt oder ob über den Kürzungsantrag abgestimmt werden solle.

\*\*\*kurze Unterbrechung, damit die GRPK den Antrag besprechen kann\*\*\*

**Präsidentin der GRPK Christina Zurfluh Fraefel, SVP**, sagt, dass eine Mehrheit der GRPK damit einverstanden sei, den Antrag zurückzuziehen und in eine Empfehlung umzuwandeln. Inhaltlich verändere sich jedoch nichts.

**Gemeinderatspräsident Erich Schärer** teilt mit, dass somit eine Abstimmung entfalle.

**Keine Abstimmung über die Empfehlung.**

## **Globalkredit Freizeitanlage 710**

**Eine Mehrheit der GRPK beantragt:** Erhöhung des Nettoglobalkredits der Freizeitanlage um CHF 18'500.-. Der Betrag setzt sich wie folgt zusammen: Neues Kassasystem CHF 15'000.- / Ersatz Bodenbelag im Büro (25-jährig) CHF 3'500.-

**Mitglied der GRPK, Beatrice Gmür, SP**, teilt mit, dass die Freizeitanlage nach der letztjährigen Kürzung des Globalkredits mit weniger Geld auskommen müsse. Das heisse, sie müsse effizienter arbeiten. Wenn sie effizienter arbeiten müsse, sollen dazu die nötigen Arbeitsmittel zur Verfügung gestellt werden. In Büro und Café stünden noch manuelle Kassen.

Das bedeute viel Handarbeit beim Übertrag in die Buchhaltung und beim Erstellen der Statistiken. Das sei ineffizient und fehleranfällig. Ein neues Kassasystem würde Abhilfe schaffen. Man müsse sich bewusst sein, dass sich der Ertrag der Freizeitanlage nicht nur aus grossen Kursgeldbeträgen zusammensetze, sondern aus einer Vielzahl von Kleinstbeträgen. Die Benützung der Werkstatt koste CHF 4.-, 10 Schrauben würden vielleicht CHF 3.- kosten. Wenn im Café eine Glace gekauft werde, sei dies auch ein kleiner Betrag. Somit laufe eine grosse Anzahl Zahlungen über die Bar-Kasse.

Der zweite Betrag von CHF 3'500.- betreffe die Erneuerung des Bodenbelags im Büro. Der Teppich sei 25-jährig und habe seine Zeit nicht nur optisch, sondern auch aus hygienischen Gründen überschritten. Ein Ersatz sei fällig.

### **Abstimmung über den Antrag der GRPK**

#### **Globalkredit Freizeitanlage 710**

**Eine Mehrheit der GRPK beantragt: Erhöhung des Nettoglobalkredites der Freizeitanlage um CHF 18'500.-. Der Betrag setzt sich wie folgt zusammen: Neues Kassasystem CHF 15'000.- / Ersatz Bodenbelag im Büro (25-jährig) CHF 3'500.-**

Der Rat stimmt dem Antrag der GRPK grossmehrheitlich zu.

**Soziales** (Seite 76 - 92) Globalbudgets Soziales: Soziale Dienste S. 146/148; Asylwesen S. 148/149; Frohmatt S. 150 - 153

**Mitglied der GRPK, Christoph Lehmann, SVP**, führt aus, dass er zusammen mit Beatrice Gmür die Abteilung Soziales und die Frohmattbetriebe besucht habe. Die vorgängig gestellten Fragen seien wiederum schriftlich und sehr detailliert vor ihrem Besuch beantwortet worden. Die Frageweche stelle für alle Beteiligten einen grossen Sonderaufwand dar, welcher jeweils im Frühjahr mit Rechnung und im Herbst mit Voranschlag geleistet werde. Auch wenn von Fragerunde zu Fragerunde meist gleichlautende Fragen gestellt würden, sei der Prozess Frage/Antwort für ihre Prüfung, die Vergleichbarkeit und den Bericht und Antrag wichtig. Sie hätten beim Sozialen und der Frohmatt wiederum festgestellt, dass der Prozess ernst genommen werde. Die Antworten zu den Zahlen seien stimmig und sie hätten über alles gesehen ein gutes Gefühl. Er danke für diese Kultur und das offene Gespräch während den Besuchen Stadträtin Astrid Furrer, den beiden Abteilungsleitern Markus Morger und Cristian Rentsch sowie allen involvierten Mitarbeitenden.

Im Sozialen (ohne Alterszentrum Frohmatt) nehme der Nettoaufwand gegenüber dem Voranschlag 2015 um über CHF 2 Mio. auf über CHF 21 Mio. zu. Oder anders erklärt: Er nehme jetzt nicht mehr das Bild der Kuh. Jeder Einwohner in Wädenswil bezahle knapp CHF 1'000.- an diese Ausgaben. Die Grösse dieser Zunahme sei ein Novum und stimme nachdenklich, weil sie wüssten, dass diese Ausgaben überwiegend gebunden, gesetzlich geregelt und stark reglementiert seien. Die nichtgebundenen Ausgaben seien Löhne, Mieten, IT-Kosten etc. Das Soziale mache zudem keine Investitionen; der Spielraum für Sparmassnahmen sei deshalb verschwindend klein. Mit den Geschehnissen im 2015 sei leider keine Trendwende in Sicht, im Gegenteil. Die Abteilung Soziales werde wider Willen stärker

wachsen als sie es sich wünschten. Für Details zu ihrer Arbeit verweise er auf den Bericht und Antrag Soziales.

Rein zahlenmässig scheine dem Alterszentrum Frohmatt die Trendwende zu einem Nullergebnis zu gelingen: Der Voranschlag weise noch ein Defizit von CHF 354'000.- aus. Mit externem Fachwissen habe die Frohmattspitze eine Auslegeordnung gemacht. Anhand von Profilen seien Strukturen und Prozesse analysiert, operative und strategische Kernaussagen beschrieben worden, quasi eine Frohmatt 2020. Vielleicht als selbständige Einheit, als Stiftung, als gemeinnützige AG oder weiterhin als Teil der Stadt Wädenswil. Dieser Prozess sei angelaufen; erste Schlüsselerkenntnisse würden im kommenden Voranschlag vor allem im operativen Teil Wirkung zeigen. Zum einen würden per 1. Januar 2016 die Tages-, Pflege- und Betreuungstaxen angehoben. Zum anderen stocke die Frohmatt im pflegeintensiven Bereich Demenz 6 Betten auf. Diese Massnahmen würden einen Mehraufwand aber einen Mehrertrag von CHF 1.6 Mio. generieren. Ein betreuungsintensiver Klient brauche mehr Pflege. Dort gebe es grössere Ausgaben in Besoldungen und Sozialleistungen von rund CHF 340'000.-. Er verweise wiederum auf den Bericht und Antrag und die Details der Frohmatt.

**Stadträtin Astrid Furrer** verzichtet auf eine Wortmeldung, um die Sitzung nicht zu verlängern.

**Gesundheit** (Seite 93 bis 100) Globalbudget Gesundheit: Badeanlagen S. 153/154

**Mitglied der GRPK, Volkan Dogu, CVP**, teilt mit, dass er und Jonas Rickli die Abteilung Gesundheit besucht hätten. Ein Dank gehe an Stadtrat Jonas Erni und den Leiter der Abteilung Sebastian Epp. Der Nettoaufwand im Budget 2016 sei gleich hoch wie im Budget 2014. Aus der Tabelle des vorliegenden Bericht und Antrags auf Seite 11 könne entnommen werden, dass sich auf dem Konto 901 Krankenpflege im Jahr 2015 eine Budgetüberschreitung von CHF 900'000.- abzeichnen werde. Unter der Annahme, dass sich der Kostenverlauf 2016 ähnlich wie im Jahr 2015 verhalte, würde sich im Jahr 2016 eine Budgetüberschreitung von ca. CHF 600'000.- abzeichnen. Aufgrund dieser Tabelle halte die GRPK die Budgetierung für nicht realistisch.

**Stadtrat Jonas Erni** verzichtet auf eine Stellungnahme.

**Investitionsrechnung (Seite 101 bis 126) und ordentliche Abschreibungen (Seite 127)**

**Mitglied der GRPK, Christine Merseburger, EVP**, führt aus, dass beim Verwaltungsvermögen konservativ budgetiert worden sei. Die Abweisungen zum Vorjahr würden sich erklären lassen. Bei Behörden und allgemeine Verwaltung käme zu den üblichen Ausgaben der Umbau des Werkhofs dazu. Beim Rechtsschutz und der Sicherheit seien die Ersatzbeschaffung des Seerettungsboots und die initialen Kosten des Zweckverbands Zivilschutz Zimmerberg die ausserordentlichen Kosten. Bei der Bildung gebe es verschiedene grosse Posten. Neben dem Ersatz- und Neubau des Oberstufenschulhauses Fuhr/Rotweg gebe es auch verschiedene Massnahmen in anderen Schulhäusern. Bei Kultur und Freizeit sehe man die

Kosten für die Sanierung der Sportbauten Untermosen. Diese würden nicht etwa abgeschlossen sein, sondern nächstes Jahr wieder drin sein. Bei der Gesundheit liege der budgetierte Betrag für das Alterszentrum Frohmatt deutlich unter den Vorjahren und müsse deshalb eigentlich nicht erwähnt werden. Bei der Umwelt- und Raumordnung gebe es vor allem Investitionen infolge Einführung der UFC, die zu Buche schlage.

Beim Finanzvermögen gebe es eigentlich nur zwei Sachen, und zwar der Kauf des Rütihof-Areals und das Seegütli. Dies seien die zwei einzigen Budgetposten. Beim Seegütli gebe es ja noch einen Antrag.

### **Seitenweises Durchgehen der Investitionsrechnung**

#### **8 Volkswirtschaft - Energie 8.869.5030.01**

**Eine Minderheit der GRPK beantragt:** „Die Ausgaben des Investitionskontos 8.869.5030.01 (Energistadt, Massnahmen für den Labelerhalt) sind um CHF 125'000.- von CHF 125'000.- auf CHF 0 zu reduzieren.“

**Stadtrat Werke Ernst Brupbacher**, teilt mit, dass die CHF 125'000.- ohne weiteres gestrichen werden könnten. Der Betrag sei auch nicht mehr im Finanz- und Entwicklungsplan aufgeführt. Dort sei er bereits gestrichen worden. Die Verabschiedung des Finanz- und Entwicklungsplan habe nach Abschluss des Budgets stattgefunden.

**Adrian Stucki, GP**, sagt, dass er etwas erstaunt sei. Es gebe einen Antrag und nun höre er das Statement von Stadtrat Ernst Brupbacher. Soviel er wisse, habe der Stadtrat einen Auftrag des Gemeinderats, die Energistadt wie man sie heute habe, aufrechtzuerhalten. Der Gemeinderat habe sogar Ja zur Prüfung des Energistadtlabels Gold gesagt. Er frage sich, wie man die CHF 125'000.- einfach streichen könne.

**Stadtrat Werke Ernst Brupbacher**, erklärt, dass der Betrag im nächsten Jahr gar nicht ausgegeben werden könnte, da der Stadtrat erst mit dem Förderprogramm in den Gemeinderat komme. Die Kosten würden erst im 2017 anfallen, wenn überhaupt.

**Adrian Stucki, GP**, erkundigt sich, ob das Energistadtlabel nicht in Gefahr sei.

**Stadtrat Werke Ernst Brupbacher** sagt, dass es damit nichts zu tun habe.

**Stadtpräsident Philipp Kutter**, teilt mit, dass es in erster Linie um eine Frage der Kompetenz gehe. Der Stadtrat beabsichtige, ein Förderprogramm zu machen. Dazu müsse ein Rahmenkredit durch den Gemeinderat bewilligt werden, da dieser in einer Grössenordnung liege, die der Stadtrat nicht alleine beschliessen könne. Die Weisung werde irgendeinmal kommen. Den Ablauf kenne man. Zuerst werde die Weisung beraten und beschlossen und erst danach dürfe der Stadtrat das Geld ausgeben. Nun habe man Dezember 2015. Die Weisung liege noch nicht vor. Sie komme vermutlich im nächsten Jahr. Der Gemeinderat werde über diese beraten und falls sich dafür eine Mehrheit finde, könne ab 2017 das Förderprogramm in Kraft ge-

setzt werden und ab dann sei auch Geld im Finanz- und Entwicklungsplan vorgesehen. Zweitens sei dies eine Massnahme zur Sicherung des Energiestadtlabels. Sie sei aber nicht die alles entscheidende Massnahme. Es gebe andere Projekte, die ebenfalls dazu beitragen würden, wie zum Beispiel die neue Photovoltaikanlage Untermosen.

### **Abstimmung über den Minderheitsantrag der GRPK**

#### **8 Volkswirtschaft - Energie 8.869.5030.01**

**Eine Minderheit der GRPK beantragt:** „Die Ausgaben des Investitionskontos 8.869.5030.01 (Energiestadt, Massnahmen für den Labelerhalt) sind um CHF 125'000.- von CHF 125'000.- auf CHF 0 zu reduzieren.“

Der Rat stimmt dem Antrag der GRPK grossmehrheitlich zu.

#### **9 Finanzvermögen - 9.942.7020.18**

**Eine Mehrheit der GRPK beantragt:** „Die Ausgaben des Investitionskontos 9.942.7020.18 (Parzelle Seegüetli) sind um CHF 200'000.- von CHF 200'000.- auf CHF 0 zu reduzieren.“

**Änderungsantrag von Christina Zurfluh Fraefel betreffend Parzelle Seegüetli:**  
Reduktion der Ausgaben von CHF 200'000.- um CHF 150'000.- auf CHF 50'000.-, für Erhaltung der Gebäude sowie Stromzufuhr

**Antrag von Christina Zurfluh Fraefel betreffend Engel am See**  
Neu Aufnahme von CHF 150'000.- in die Investitionsrechnung für Engel am See

**Präsidentin der GRPK, Christina Zurfluh Fraefel, SVP,** teilt mit, dass sie aufgrund neuge-wonnener Erkenntnisse betreffend Machbarkeit und Umsetzung - man stehe in der GRPK auch unter einem gewissen zeitlichen Druck und habe nicht unendlich Zeit, sich mit allen Abteilungen und Detailkontis immer im Vorfeld zu befassen - die Streichung des vorliegen-den Antrags (von CHF 200'000.- auf CHF 0) beantragen wolle, damit nachher CHF 50'000.- fürs Seegüetli frei würden und 150'000.- für den Engel am See.

**Stadtrat Planen und Bauen Heini Hauser,** sagt, dass die vorliegende Situation im Stadtrat nicht besprochen worden sei. Er gehe jedoch davon aus, dass dies so umgesetzt werden könne. Er müsse jedoch sagen, dass der Posten im Budget ein Schwergewicht habe. Dies bedeute, dass es so oder so noch eine Weisung für den Seeplatz gebe.

**Mitglied der GRPK, Beatrice Gmür, SP,** führt aus, dass die geplanten Investitionen von CHF 200'000.- im Seegüetli wichtig seien, damit das Areal zumindest erhalten werde. Es sei wichtig, dass das Geld gesprochen werde. Der Stadtrat habe mehrmals erwähnt, dass für einen Ausbau kein Geld vorhanden sei. Die CHF 200'000.- seien für die Erhaltung der Häu-ser, die dort stünden. Wenn die Gebäude zerfielen, müssten diese abgerissen werden und dann könne nichts mehr gebaut werden. Man müsse diese erhalten und andererseits sei es

wichtig, dass auch die Stromversorgung sichergestellt werde, damit im Sommer zum Beispiel ein Kiosk betrieben werden könne. Das sei ein sinnvoller Teil, wo die CHF 200'000.- eingesetzt werden könnten.

**Abstimmung über die beiden Anträge Parzelle Seegüetli (Gegenüberstellung)**

**Reduktion der Investitionsausgaben für die Werterhaltung der Gebäude Parzelle Seegüetli von CHF 200'000.- auf CHF 0**

Der Rat lehnt den Antrag ohne Gegenstimme ab.

**Reduktion der Investitionsausgaben für die Werterhaltung der Gebäude Parzelle Seegüetli von CHF 200'000.- auf CHF 50'000.-**

Der Rat stimmt dem Antrag grossmehrheitlich zu.

**Abstimmung über das Investitionskonto 942.7020.18 Parzelle Seegüetli**

**Festlegung der Ausgaben von CHF 50'000.-**

Der Rat stimmt der Festlegung der Investitionsausgaben von CHF 50'000.- grossmehrheitlich zu.

**Antrag von Christina Zurfluh Fraefel betreffend Engel am See:  
Neu Aufnahme von CHF 150'000.- in die Investitionsrechnung, Kto. 620.5030.19 für Engel am See**

**Abstimmung über den Antrag von Christina Zurfluh Fraefel**

**Neu Aufnahme von CHF 150'000.- in die Investitionsrechnung, Kto. 620.5030.19 für Engel am See**

Der Rat stimmt dem Antrag grossmehrheitlich zu.

**Schlussabstimmung über den Voranschlag und die Leistungsaufträge**

Der Rat stimmt dem Voranschlag 2016 mit den vorgehend beschlossenen Änderungen und den Leistungsaufträgen 2016 grossmehrheitlich zu.

**Zweitens Steuerfuss 2016**

**Präsidentin der GRPK, Christina Zurfluh Fraefel, SVP**, teilt mit, dass eine Mehrheit der GRPK beantrage, den Steuerfuss - gemäss Antrag des Stadtrats - auf 84% zu belassen. Eine Minderheit der GRPK beantrage, den Steuerfuss von 84% um 2 Prozentpunkte auf 86% zu erhöhen.

## **Anträge der GRPK**

**Eine Mehrheit der GRPK beantragt, den Steuerfuss gemäss Antrag des Stadtrates auf 84% zu belassen.**

**Eine Minderheit der GRPK beantragt, den Steuerfuss von 84% um 2 Prozentpunkte auf 86% zu erhöhen.**

**Stadtrat Finanzen Peter Schuppli**, führt aus, dass der Stadtrat den Antrag der Mehrheit der GRPK, den Steuerfuss auf 84% zu belassen, unterstütze.

### **Abstimmung über die beiden Anträge betr. Steuerfuss 2016 (Gegenüberstellung)**

#### **Festlegung des Steuerfusses auf 84% der einfachen Staatssteuer**

Der Rat stimmt diesem Antrag grossmehrheitlich zu.

#### **Festlegung des Steuerfusses auf 86% der einfachen Staatssteuer**

Der Rat lehnt diesen Antrag grossmehrheitlich ab.

### **Abstimmung über den Steuerfuss 2016**

Der Rat stimmt der Festsetzung des Steuerfusses bei 84% der einfachen Staatssteuer grossmehrheitlich zu.

### **Drittens: Abstimmung über das Gesamtpaket**

Auf Anfrage von **Gemeinderatspräsident Erich Schärer** liegen keine weiteren Anträge vor.

### **Abstimmung über das Gesamtpaket**

Der Rat stimmt dem Voranschlag 2016 mit den vorhergehend beschlossenen Änderungen und den Leistungsaufträgen sowie der Festsetzung des Steuerfusses von 84% grossmehrheitlich zu.

**\*\*\* Das Traktandum 3 wird aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf die nächste Sitzung verschoben. \*\*\***

\*\*\*

**Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf Anfrage von Gemeinderatspräsident Erich Schärer keine Einwände erhoben.**

\*\*\*

**Stadtpräsident Philipp Kutter**, sagt, dass man nun am Schluss einer engagierten Debatte sei. Gemeinderat und Stadtrat seien sich nicht immer einig gewesen. Das liege in der Natur der Sache. Er habe den Eindruck, dass ein positiver Geist vorhanden sei. Er habe heute bereits eine andere Budgetdebatte erlebt. Im Kantonsrat herrsche ein etwas anderer Umgang. Er danke allen für den Einsatz, der während des ganzen Jahres geleistet worden sei. Die Gemeinderäte würden sich in ihrer Freizeit bis spät in die Nacht hinein für Wädenswil einsetzen. Das verdiene Anerkennung und werde sehr geschätzt. Wie viele Gemeinden habe es Wädenswil im Moment finanzpolitisch nicht einfach. Leistungen müssten hinterfragt werden. Jedoch sei im Gemeinderat und im Stadtrat ein konstruktiver Geist spürbar. Er lade sie ein, auf den Stadtrat zuzukommen, wie es Johannes Zollinger vorhin gesagt habe, und die parlamentarischen Instrumente zu nutzen, wenn man etwas wissen oder steuern wolle.

Er wünsche allen schöne Weihnachten, die Kerzen seien allerdings bereits aus. Diese könnten jedoch zu Hause wieder angezündet werden. Er hoffe, dass die Dossiers zur Seite gelegt werden können, sie Zeit für Familien und Freunde hätten und sie sich in alter oder neuer Frisch im 2016 wieder sähen. Es würden viele spannende Geschäfte warten. Den zurücktretenden Gemeinderäten danke er im Namen des Stadtrats herzlich für den grossen Einsatz und wünsche ihnen im Speziellen alles Gute für die Zukunft.

**Gemeinderatspräsident Erich Schärer** macht auf die kommende Silvesterfeier auf dem Seeplatz aufmerksam, wünscht frohe Festtage und ein gutes 2016.

Ruth Schäfer, Ratssekretärin-Stv.